Antifaschistische Aktion

SONDERNUMMER

Wehrt euch und kämpft!
Rebellion ist gerechtfertigt!

Monatliches revolutionäres Infoblatt / Österreich

Sondernummer • März 2018 • No 5 • 1.30€

Weg mit Schwarz-Blau! Nieder mit dem Kapital!

Wehrt euch gegen die aktuellen Angriffe!



Kämpft gegen das Kapital!


Antifaschistische Aktion - Infoblatt

www.afainfoblatt.com

KONTAKT

Redaktion der Antifaschistischen Aktion:
red.afa@gmx.at

VERKAUF

Die ***Antifaschistische Aktion*** *kann man in den folgenden Buchhandlungen kaufen:*

ÖGB Verlag Buchhandlung
Rathausgasse 21
1010, Wien

Lhotzkys Literaturbuffet
Taborstr. 28/Eing.
Rotensterngasse 2
1020, Wien

Librería Utopía - radical bookstore vienna
Preysinggasse 26-28
1150 Wien

Buchhandlung Alex
Hauptplatz 21
4020 Linz

Buchhandlung Liber Wiederin
Elerstraße 6
6020 Innsbruck

LESE-EXEMPLARE

Arbeiterkammerbibliothek
Wienerstraße 7
7000 Eisenstadt

Café Gagarin
Garnisonsgasse 24
1090 Wien

Café Derwish
Lerchenfelder Gürtel 29
1160 Wien

Kulturverein w23
Wipplingerstrasse 23
1010 Wien

ABO

Es gibt die Möglichkeit die *Antifaschistische Aktion* 11 Mal im Jahr per Post direkt nach Hause zu bekommen!

Kosten: 20 Euro
Bestellung an:
red.afa@gmx.at

Die *Antifaschistische Aktion* erscheint monatlich, jeweils zur Monatsmitte.

Liebe LeserInnen,

Wir freuen uns sehr wieder eine neue Sondernummer veröffentlichen zu können, dieses Mal zum Schwerpunkt "Weg mit Schwarz/Blau! Nieder mit dem Kapital". Wir haben darin verschiedene Berichte, Artikeln und Diskusstionsbeiträge zusammengefasst die während der Bewegung gegen die neue Bundesregierung entstanden sind. Die letzten Monate waren sehr intensive Monate des antifaschistischen Protestes und Kampfes, viele AktivistInnen, Sympathisantinnen und kämpferische AntifaschistInnen haben ihre ganze Kraft dafür aufgewendet diese Bewegung dazu zu nutzen, um die antifaschistischen Bewegung einen Schritt nach vorne zu bringen. Zehntausende Leute waren auf den Demos und haben ihren gerechtfertigen Zorn gegen die neue Regierung und das Kapital zum Ausdruck gebracht und viele von ihnen haben im Kampf die Notwenigkeit erkannt sich zu organisieren und weiter mitzuhelfen den kämpferischen Antifaschismus zu festigen und zu verbreitern. Das ist ein sehr wichtiger Schritt! So wird es uns gelingen, dass diese Massenproteste nicht nur ein "Strohfeuer" im Kampf gegen das Kapital sind, sondern eine Kraft um uns auf einer noch festeren Grundlage zusammenzuschließen, die es uns erlauben wird größtere Kämpfe zu führen und Siege zu erringen!

Eure AfA-Redaktion.



Bild aufgenommen in Innsbruck rund um die Nationalratswahl im Oktober 2017.

Nationalratswahl 2017

Oktober 2017

Bei den vergangenen Wahlen konnten die Herrschenden wieder ein kleines Plus bei der Wahlbeteiligung herausholen. Wie sich jedoch schon abzeichnete nur mit großem Aufwand etwas „Neues“ zu präsentieren. Alles war scheinbar neu bei diesen Wahlen, neue Listen, neue Farben, neue Ideen. Speziell der vermeintliche Wahlsieger, die ÖVP, versuchte sich ein neues Kleid zu geben. Mit Sebastian Kurz an der Spitze sei sie etwas ganz anderes, seine Ideen würden nun bestimmend sein.

Es war im allgemeinen kein sogenannter „Richtungswahlkampf“ (wie zuletzt beim Bundespräsidenten), sondern ein Kampf, wer sich mit den alten Forderungen am „neuesten“ präsentieren kann. Was den Rassismus, insbesondere den antimuslimischen Rassismus, oder die militärische Aufrüstung nach außen und innen betrifft, so stehen sich die Parteien um nichts nach – sie alle vertreten ein chauvinistisches, antidemokratisches Programm!

Die ÖVP mit Kurz steht jedoch spätestens seit diesen Wahlen wieder für ein immer offeneres faschistisches Programm. Beim Thema Überwachung und Repression, fordert die ÖVP stets noch mehr, als die ohne hin schon antidemokratischen Gesetze. Beim Thema Steuern sagen sie selbst ganz offen, dass sie für das große Kapital (große Immobilienbesitzer, Industrielle usw.) stehen. Für die ArbeiterInnen wollen sie den 12 Stunden Tag und eine Reduzierung der Sozialleistungen. Zu Frage der Abtreibung und Frauenrechte: sie stellen offene Klerikalfaschisten als Kandidaten auf. Gegenüber Muslime und Flüchtlinge verbreiten sie üblen Rassismus und Chauvinismus. Gegenüber der antifaschistischen und revolutionären Bewegung wollen sie mit voller Härte vorgehen.
Mit der ÖVP an der Spitze haben zweifellos die reaktionärsten Kräfte an Stärke gewonnen. Die Bourgeoisie schaffte es über die letzten Jahre ein politisches Klima zu schaffen, in welchem ein antidemokratisches, rassistisches und durch und durch arbeiterfeindliches Programm als „interessante“ und „neue“ Option an gewisse Teile der Bevölkerung verkauft werden kann.



Viele sprechen nun vom „Rechtsruck“ in Österreich, der sich angeblich mit diesen Wahlen vollzogen hat. Die KPÖ meint, es sei ein Rechtsruck durch den Verlust der Grünen, und dass sie selbst bei den Wahlen von der „Dampfwalze des Rechtsruck...“ überrollt wurden. Auch internationale Medien berichten vom „Rechtsruck“ in Österreich, wovon man beispielsweise in der BRD nichts hörte als die CDU (die Schwesterpartei der ÖVP) wieder gewählt wurde. Als „rechte Bedrohung“ wird hier vor allem die FPÖ gesehen. So heißt es auch immer wieder in verschiedenen Stellungnahmen, die ÖVP und vor allem auch die SPÖ würden Forderungen der FPÖ übernehmen und sich immer mehr angleichen. Aber warum, etwa weil die Bevölkerung nach so einem Programm schreit? Das ist erstens eine massenfeindliche Position und zweitens eine idealistische, die nicht von den realen Widersprüchen und dem Job den die bürgerlichen Parteien zu erfüllen haben ausgehen. Die kommende Regierung wird unter ÖVP Führung ein reaktionäres Programm durchsetzen, aber nicht wegen einem plötzlichen „Rechtsruck“, sondern weil sie am schon längst eingeschlagenen und gut vorbereiteten Weg einen bestmöglichen Job für das Finanzkapital erfüllen werden.

Der aktive Wahlboykott war auch in dieser Wahl richtig zu verteidigen und anzuwenden. Mit einem Wahlkreuzchen wird politische Reaktion und Faschismus weder verhindert noch erst gewählt. Andere Wahlergebnisse wären für die Bourgeoisie ein Indiz, dass sie ihr Programm vielleicht anders, gewalttätiger, langsamer oder besser vorbereitet durchsetzen müssen – hätten aber am allgemeinen Trend nichts geändert. Was es aber innerhalb der Volksbewegung, insbesondere innerhalb der antifaschistischen Bewegung ausmacht, ist, dass die Illusion gestützt wird, es könne mit der einen oder anderen Fraktion der Bourgeoisie ein Bündnis gegen den Faschismus „geschlossen“ werden.

Die kommende Periode wird stärkere Angriffe durch die Bourgeoisie auf die ArbeiterInnen, MigrantInnen, Frauen und die revolutionäre Bewegung bringen. Genauso wie es Protest auf den Plan rufen – egal welche Regierung sich nun bildet. Um aus diesen Protesten Siege für die antifaschistische Bewegung und die ArbeiterInnen zu erringen, ist es notwendig, auf der einen Seite eine breite Front zu bilden, gleichzeitig jedoch mit der Führung durch bürgerliche Kräfte zu brechen. Es geht nun immer dringender darum die Reihen des kämpferischen Antifaschismus zu stärken, neue Methoden zu entwickeln und fest auf die eigene Kraft zu vertrauen.

Mit der neuen Regierung wird ein harter Wind, insbesondere gegen alle fortschrittlichen Kräfte aufkommen, dem kann man nicht die gleichen Antworten wie immer entgegen bringen.
In den letzten Jahren sah man gut, dass überall da, wo die bürgerliche Führung der antifaschistischen Bewegung versagte (nicht vorhanden war oder nicht anerkannt wurde), sich unter Initiative der revolutionären Kräfte, die Aktionen und Bereitschaft der Massen gut, kämpferisch und militant entwickelten. Darauf muss sich die antifaschistische Bewegung stützen, den gerechtfertigten Zorn auf die kommende Regierung und ihr reaktionäres Programm aufgreifen und als kämpferische Kraft für die kommenden Auseinandersetzungen, gegen die immer heftigeren Angriffe der Herrschenden, zu entwickeln!

Vertraut in die eigene Kraft und stärkt die Reihen des kämpfenden Antifaschismus!

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!

Oberösterreich, ein Vorgeschmack auf Schwarz-Blau

November 2017



Seit Oktober 2016, seit mittlerweile zwei Jahren, regiert in Oberösterreich eine Schwarz-Blaue Regierung. Der bisherige Kurs zeigt schon eine klare Richtung: Ausbau der Stadtwache, mehr Überwachung, Kürzungen bei Wohnbeihilfe, Mindestsicherung und Sozialem. Alles unter Zustimmung einer SPÖ Stadtregierung. Jetzt 2017, mit einer ziemlich wahrscheinlichen Schwarz-Blauen Koalition auf Bundesebene, geht dieser Kurs rasant weiter!

Es wirkt wie ein groß angelegter Testlauf, wie weit auch auf Bundesebene gegangen werden kann, wie weit Kürzungen und Belastungen für die Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere Arbeiter, Frauen und Migranten ganz offen umgesetzt werden können, ohne massenhaften Protest und Widerstand auszulösen.

Viele der Kürzungen die jetzt in Oberösterreich im „Gesamtpaket" durchgeboxt werden sollen, wurden in anderen Bundesländern wie Tirol, Steiermark, Kärnten oder Vorarlberg schon in kleinen „Häppchen" umgesetzt, mit Beteiligungen von Rot, Grün, Schwarz und Blau, was zeigt, dass es nicht unbedingt eine blaue Regierungs-beteiligung braucht um reaktionäre Politik umzusetzten.

Große Angriffe stellen aktuell die Kürzungen bei der Kinderbetreuung, in der Kultur und bei den Lohnverhandlungen dar:

Neue Belastungen durch Kürzungen in der Kinderbetreuung – Eine „Frauen zurück an den Herd" Politik!

Es sollen 13 Mio. Euro bei der Kinderbetreuung gekürzt werden, weg von der „Gratismentalität", wie die Politiker meinen. Nachmittagsbetreuung soll in Zukunft wieder was kosten – Gebühren für die Nachmittagsbetreuung im Kindergarten sollen eingeführt werden und die Hortkosten werden höher. Viele Familien, speziell der unteren Schichten der Arbeiterklasse werden sich das nicht mehr leisten können. Das wird dazu führen, dass ganze Nachmittagsgruppen, speziell in ländlichen Gegeneden und im Einzugsgebiet von Linz, geschlossen werden. In Oberösterreich arbeiten jetzt bereits etwas mehr als die Hälfte der Frauen teilzeit, nicht zuletzt deshalb, weil es keine Kinderbetreuung gibt.
Bereits am 8. März letztes Jahr gingen AktivistInnen in Linz unter der richtigen Forderung: „Kinderbetreuung kostenlos, flächendeckend, zur Arbeitszeit und von Anfang an!" auf die Straße, denn das zu erkämpfen wäre tatsächlich im Interesse der Frauen, insbesondere der Arbeiterinnen. Heute gibt es Angriffe der Landesregierung die weit dahinter zurückgehen. Denn unterm Strich bedeutet die Abkehr von der angeblichen „Gratismentalität" nichts anderes als eine zutiefst reaktionäre „Frauen zurück an den Herd" Politik! Viele Frauen werden mit dieser Kürzung gezwungen sein, zu Hause zu bleiben, werden zurückgedrängt in die Hausarbeit, oder werden sich in schweren existentiellen Schwierigkeiten wieder finden. Dass die Kürzungen mehr Mittel frei machen würden und ein Ausbau der Kinderbetreuung finanziert werden könnte, sowie das Gerücht, es gäbe dann mehr Mittel in den Kindergärten, sind ganz klar als Träumerei und große Illusion zu bezeichnen.

LINZ: Unter anderem wurden folgende Maßnahmen bereits im Oktober 2016 unter dem SP Bürgermeister Luger durchgestezt:

- Schließung von Jugendzentren und Bibliotheken in den Stadtteilen, kein Bau (wie geplant) von Stadtteilzentren
- Erhöhung der Kosten für Park-Strafen, fürs Bewohnerparken, großer Gratisparkplatz Urfahr aufgelöst
- Diverse Förderungen/Zuschüsse für Senioren-Aktivitäten, Kinder- und Jugendbildung gestrichen
- Dienstposten im Magistrat sollen nicht mehr nachbesetzt werden

(...)

Kürzungen in der Kinderbetreuung betreffen die ganze Familie, besonders jedoch die Frau und insbesondere alleinerziehende Frauen. Im Interesse der Frauen, besonders der Arbeiterinnen muss im Gegenteil die Kinderbetreuung massiv ausgebaut werden! Denn was es nicht gibt, ist eine flächendeckende, kostenlose Kinderbetreuung die von Anfang an und zu den Arbeitszeiten gegeben ist!

Die Koalitionsverhandlungen auf Bundesebene laufen noch, doch auf einen harten politischen Kurs gegen die ökonomische und politische Rechte der Frau kann man sich definitiv einstellen. Nicht zuletzt die Angelobung von Gudrun Kugler (ÖVP), einer Vertreterin des klerikalfaschistischen Flügels, spricht Bände!

Schwarz-Blaue Kürzungen gegen Volkskultur und kleine Initiativen

Weitere Kürzungen in OÖ treffen die Kultur. Weniger betroffen sind dabei öffentliche Einrichtungen, die großen Musikhäuser und Museen usw. Wer jedoch darunter leidet, oder gar verdrängt und aufgelöst wird, sind kleine Kulturini-

tiativen oder Kulturvereine. Auch von diesen Kürzungen betroffen sind beispielsweise Blasmusikkapellen. Sie machen einen großen Teil der Volkskultur aus, sind fixer Bestandteil von zahlreichen Festen und Veranstaltungen. Mit den geplanten Kürzungen sind auch diese Vereine in ihrer Existenz betroffen – geschweige denn, dass sich neu Vereine und Initiativen gründen können. Es zeigt einmal mehr, dass die reaktionäre Politik zwar die „Heimat", „Schutz der eigenen Kultur" usw. im Munde führt, tatsächlich jedoch gegen jegliche eigenständige kulturelle Initiative der Bevölkerung gerichtet ist.

Weiter Kürzungen:

Bei der diesjährigen Lohnrunde für Beschäftigte bei Land und Gemeinden sieht die Landesregierung eine Reallohnkürzung vor. An den Faschhochschulen sollen Studiengebühren eingehoben werden. Es wird weitere Verschlechterungen bei der Wohnbeihilfe geben.

Vergangenes Jahr gab es unter dieser Regierung bereits viele Kürzungen und Angriffe auf die Bevölkerung. Unter anderem was die Mindestsicherung betrifft, aber auch bereits bei der Wohnbeihilfe und diversen Sozialleistungen.

Die Politik in OÖ wird aktuell als Vorführmodell der kommenden Bundesregierung gehandhabt. Es wirkt wie eine „Spielwiese" oder „Versuchslabor", wo sich Schwarz-Blau so richtig austoben können, aber auch die Gewerkschaften und die SPÖ sich üben (und „rein waschen") können in ihrer neuen Rolle als Opposition. Der sogenannte „Kahlschlag" der OÖ Landeregierung, sowie die kommende Politik der neuen Bundesregierung wird von großen Teilen der Bevölkerung nicht unbeantwortet bleiben!

Schließt euch zusammen – schlagt die Kürzungspläne der Regierung zurück!
Wehrt euch und kämpft!



Aufgenommen bei der Protestkundgebung gegen Kürzungen der Schwar-Blauen Regierung in Oberösterreich. Es beteiligten sich über 1000 Leute bei dieser Aktion in Linz, am 23. November.

WIEN: Bundesheer übt Einsatz gegen Demonstrationen

November 2017

Am Nachmittag des 23. November fand in Wien eine Übung des Bundesheeres statt. Gerechtfertigt wurde die Übung mit der angeblich notwendigen Vorbereitung für den Fall eines „Antiterror"-Einsatzes, ein Argument das in den letzten Jahren gerne und oft verwendet wird. Was als „Antiterroreinsatz" getarnt wurde, war nichts anderes als eine Großübung gegen Demonstrationen, wie auch die Bilder von der Übung zweifelsfrei beweisen.

Nicht nur zeigt diese Übung, dass das Bundesheer offensichtlich außerhalb der Verfassung agiert, die einen Einsatz des Bundesheeres nach Innen ausdrücklich untersagt, sondern auch, dass der sogenannte „Kampf gegen den Terror" immer mehr zum Kampf gegen jene Teile der Bevölkerung wird, die ihre gerechtfertigten Anliegen, ihre Rebellion auf die Straße tragen. Nicht zu vergessen an diesem Punkt ist, dass der letzte Kampfeinsatz des Bundesheeres nach Innen unter einer offen faschistischen Herrschaft war. Die Herrschenden orientieren immer mehr auch auf eine Aufstandsbekämpfung nach Innen. Diese Demonstrationsbekämpfungsübung des Bundesheeres geht einher mit den antidemokratischen Gesetzten gegen Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit die von der letzten Regierung beschlossen, und mit der kommenden Regierung voraussichtlich mit aller Härte umgesetzt werden sollen.

Diese Übung zeigt, dass die Herrschenden in Österreich für die Zukunft größere Proteste der Massen erwarten. Kein Antifaschist, kein ehrlicher Demokrat und kein Revolutionär darf sich von dieser Provokation einschüchtern lassen. Doch sollte es als Mahnung dienen noch entschlossener daran zu arbeiten eine noch festere Grundlage im antifaschistischen Kampf zu schaffen.

Kein Einsatz des Bundesheeres im Inneren!

Gegen den bürgerlichen Militarismus!

Abzug aller österreichischen Militärs aus dem Ausland!

Schlagen wir die Angriffe von Schwarz-Blau zurück!

Dezember 2017

Wir dokumentieren hier ein Flugblatt das bei den Protesten gegen die Regierungsangelobung verbreitet wurde:

Schlagen wir die Angriffe von Schwarz-Blau zurück!

Die schwarz-blaue Regierung wird groß angelegte Angriffe auf die ArbeiterInnen und die Bevölkerung durchführen!

12 Stunden Arbeitstag – 60 Stunden Woche

Kürzungen bei Schule, Gesundheit, Kinderbetreuung und Kultur – gegen die absolute Mehrheit der Bevölkerung

Aufrüstung und die weitere Abschaffung der Neutralität

Rassistische und antidemokratische Gesetze

Mit der Nationalratswahl im Oktober haben mit Schwarz/Blau die am offensten reaktionären Kräfte eine Position erlangt, von der aus sie ihren aggressiven Kurs gegen die Bevölkerung noch weiter vorantreiben. Doch einige der angekündigten „Reformen“ und Maßnahmen, rufen schon jetzt den gerechtfertigten Zorn der Bevölkerung hervor, vor allem der ArbeiterInnen und der Jugendlichen. Gegen den Kurs von Schwarz/Blau gibt es aber innerhalb der anderen Parteien keinen prinzipiellen Widerspruch, auch wenn sich die SPÖ jetzt gerne als „einzige Opposition“ aufspielt. Doch sie bestimmte z.B. noch die Verschärfung des Demonstrationsrechts mit, das jetzt gegen Demonstrierende angewendet wird. Und auch in Kerns „Plan A“ war die Ausweitung und Flexibilisierung der Arbeitszeit (Stichwort: 12 Stunden) vorgesehen. Um gegen also die Maßnahmen der neuen Regierung kämpfen zu können, darf es also keine Illusion darüber geben, wer in der Lage ist, die Verschlechterungen und Einschnitte zurückzuschlagen: Nur wir selbst sind dazu in der Lage, die Arbeiterinnen und Arbeiter, Schülerinnen und Schüler, die Studentinnen und Studenten. Wir können die Maßnahmen der neuen Regierung zu Fall bringen. Eine der anderen „großen“ oder kleinen Bürgerparteien, wird hingegen doch nur faule Kompromisse aushandeln und immer wieder nach ein, zwei Schritten schon stehenbleiben. Daher sind wir nicht nur gegen die „Kürzungspläne der Regierung“, sondern gegen alle politischen Kräfte, die auf Kosten der Bevölkerung Profite machen wollen!

Die antifaschistischen, demokratischen und revolutionären Kräfte müssen auf ihre eigenen Kräfte vertrauen! In ganz Europa gibt es gegen ähnliche Vorhaben von verschiedenen Regierungen viel Widerstand. Große Kämpfe die beweisen, dass den Herrschenden überall die Rebellion entgegenschlägt, wenn sie versuchen die Unterdrückung und Ausbeutung weiter zu verschärfen – in Griechenland, in Katalonien, in Frankreich, usw. Streik, Massendemonstrationen, Blockaden,... Niemand kann solche Bewegungen im Handumdrehen auch in Österreich aus dem Hut zaubern, doch alle können sehen, dass es möglich ist, dass auch in Österreich eine Bewegung des Widerstands entsteht. Aus den vergangenen Jahren gibt die Erfahrungen der Proteste gegen die erste Schwarz/Blaue Regierung, es gibt die Erfahrungen mit der Studentenbewegung „Uni brennt“ und es gibt die Erfahrungen aus der Welle des antifaschistischen Protests gegen PEGIDA-Ableger in Österreich! Und heute? Schon bei bisherigen Protesten gegen Schwarz/Blau, seit der Wahl im vergangenen Oktober, beteiligten sich insgesamt über 10.000 Menschen! Das ist ein guter Anfang.

Was uns bevor steht ist eine lange Reihe von Protesten unterschiedlichster Art, denn die Herrschenden haben ein großes Programm vor, bei dem massive Einschnitte im Bildungswesen, im Sozialbereich, im Verkehr, bei Energie, bei Frauenrechten, bei demokratischen Rechten, usw. durchgesetzt werden sollen. Außerdem soll Österreich Aufrüsten, die Neutralität weiter über Bord werfen und sich an einer gemeinsamen EU-Armee beteiligen! Der Widerstand darf also nicht nur auf Österreich beschränkt bleiben, sondern muss sich mit Bewegungen und Protesten im Ausland, die sich gegen ähnliche Regierungsvorhaben wenden, verbinden. Der Kampf gegen den imperialistischen Militarismus, gegen die Kriegsvorbereitungen (denn wozu sonst dient eine EU-Armee?) muss Teil dieses Widerstands werden!

Bündeln wir unsere Kräfte und schließen wir uns jetzt zusammen! Organisieren wir erste Treffen aus denen sich gemeinsame Aktionen entwickeln – nicht als Strohfeuer, sondern als stabiler und langfristig angelegter Widerstand! Nehmen wir die Initiative in die Hand, gemeinsam mit allen, die gegen die Pläne der Herrschenden konsequent aktiv werden wollen! Mobilisiert eure Kolleginnen und Kollegen in der Arbeit, denn an einer 60h Woche und 12h Arbeitstag kann keiner von ihnen wirklich Interesse haben! Schülerinnen und Schüler können es nicht wollen, dass sich die staatlichen Bildungseinrichtungen noch weiter verschlechtern! Offener Faschismus und der Rassismus treten immer mehr hervor und werden durch die neue Regierung weiter begünstigt. Es ist Zeit, dem ein Ende zu machen, Zeit sich zu organisieren, sich zusammenzuschließen und im Kampf gegen den Kapitalismus die Wurzel der andauernden Verschlechterungen, die Wurzel des Faschismus und Rassismus auszureißen!

Voran im kämpfenden Antifaschismus!

Gegen alle Kürzungspläne auf Kosten der Bevölkerung!

Nieder mit dem Kapitalismus, nieder mit Faschismus und Rassismus!

BERICHT

Erste kämpferische Demonstrationen gegen Schwarz/Blau

Dezember 2017

WIEN

Rund 8.000 Menschen gaben den Protesten gegen Schwarz/Blau einen lebendigen und kämpferischen ersten Impuls. Sie beteiligten sich an mehreren Demonstrationszügen die sich am Heldenplatz zu einer großen gemeinsamen Kundgebung zusammen fanden.

Tausende haben mit einer kämpferischen Stimmung und einer anschließenden nicht angemeldeten Spontandemonstration ihren berechtigten Zorn zum Ausdruck gebracht. Parolen gegen Faschismus und Ausbeutung, wie „Alerta, Alerta, Antifascista“ oder „Rebellion ist gerechtfertigt – glaubt die Lügen der Ausbeuter nicht!“, aber auch Parolen gegen Bildungsabbau, Abschiebungen und gegen Kapitalismus wurden von den DemonstrantInnen gerufen.

Vielen TeilnehmerInnen war klar, dass es in diesen Protesten auch gegen die geplanten antidemokratischen Angriffe der Herrschenden geht, vor allem junge SchülerInnen haben ihre Anliegen sehr lebendig in die Demonstration getragen. Nachdem sich die Spontandemonstration formiert hat und in Richtung Burgtheater gezogen ist, hat die Polizei drei der DemonstrantInnen festgenommen. Die Polizei bereitete sich darauf vor die unangemeldete Demo einzukesseln, das konnte verhindert werden weil die Demo sehr schnell angewachsen ist und die Polizei nicht schnell genug ausreichend Kräfte zusammenziehen konnte. Es wurde von Seite der Demo versucht die Polizei bei der Festnahme zu stören. Dabei haben sie laute Parolen gegen die Polizei und Repression gerufen, wie „Ganz Wien hasst die Polizei“ und „Feuer und Flamme der Repression – was wir brauchen ist Revolution!“.

Es ist gut das die Proteste gegen Schwarz/Blau so lebendig und kämpferisch begonnen haben. Nach diesem ersten Impuls ist es wichtig das die kämpferische Stimmung weitergetragen wird und sich bei der Großdemo am 13. Jänner widerspiegelt und genutzt wird um weitere gemeinsame Aktionen zu entwickeln. Nur dann kann sich ein stabiler und langfristig angelegter Widerstand entwickeln und verhindert werden, dass die Proteste als „Strohfeuer“ enden. Nehmen wir die Initiative in die Hand, gemeinsam mit allen, die gegen die Pläne der Herrschenden konsequent aktiv werden wollen.

Der Widerstand gegen die Herrschenden ist gerechtfertigt!

Erweitert die Reihen des kämpferischen Antifaschismus!



INNSBRUCK

Am Tag der Angelobung demonstrierten in Innsbruck über 2000 Leute gegen die neue Regierung. Teileweise sehr kämpferisch zog die Demonstration trotz eisiger Kälte durch die Innenstadt. Das ist ein guter und starker Beginn für die kommende Welle an Protesten!



LINZ

In Linz demonstrierten bereits Anfang Dezember in drei Aktionen etwa 8.000 Leute gegen die Kürzungen der Schwarz-Blauen Regierung in Oberösterreich. Hervorzuheben ist dabei vor allem die große Beteiligung von verschiedenen Initiativen und der kämpferischer Ausdruck, besonders der Demonstration die am 5.Dezember stattfand. Die Aktionen wurden von vielen TeilnehmerInnen als Auftakt für noch viele kommende Aktionen und Demonstrationen verstanden.

MEINUNG

Van der Bellen

Mit der Angelobung dieser Regierung ist nun bei vielen Leuten auch endlich mit Illusionen in den Grünen Van der Bellen aufgeräumt. Im Präsidentenwahlkampf noch als „linke“ Alternative präsentiert, die den Faschismus verhindert wird (was an sich schon großer Schwachsinn ist), hat er nun keine Probleme damit, nicht nur Faschisten und Nazis anzugeloben, sondern auch alle Verantwortlichkeiten von Gewalt und Überwachung in einer Hand zu konzentrieren!
Auch bei ihm war es eine reine Wahlkampf Lüge, dass er diese oder jene Leute oder Konstellation sicher nicht angeloben werde – im Gegenteil findet er lobende Worte für die neue Regierung!

Sarah, Salzburg

Altlasten

Die neue Regierung gibt sich in neuen Farben und redet groß vom neuen Stil - während paralell dazu der BUWOG prozess noch immer läuft! Mit neuen Farben, neuem Vorstand usw. tun die Parteien heute so als hätten sie mit alldem rein gar nichts zu tun. Ihre eigenen Leute werden eben im Regelfall gedeckt. Während es hier um Millionen Beträge geht, wird jeder Asylwerber der einen kleinen Bruchteil davon bekommt als potenzieller Betrüger dargestellt!

Karl, Wien

Die SPÖ und ihre Affinität zu "Persil Megaweiß"

Bereits in der älteren und jüngeren Geschichte gibt es zahlreiche Versuche der SPÖ sich "rein zu waschen". In den 2000 gingen sie in Opposition und präsentierten sich Arbeiter- und Asylfreundlich, obwohl der rassistische Gesetzestext zum Asyl der von Schwarz-Blau durchgesetzt wurde aus ihrer Feder stammte. Nach den Privatisierungen schimpften sie auf Schwarz-Blau - obwohl sie ihren Kurs selbsständig fortsetzten. Auch heute wettern sie gegen die neue Regierung, obwohl unter anderem der 12-Stunden im Plan A eine westnliche Rolle spielt, rassistische Gesetze ihre Unterschrift tragen und die Überwachung mit ihrer Regierung massiv ausgebaut wurde!

Slatko, Linz

OÖ: Drei Frauenvereine werden zu 100% gekürzt!

Kurz vor Weihnachten wurde drei Frauenvereinen, bzw. -beratungsstellen vom Frauenreferat Oberösterreich mitgeteilt, dass die Förderung von insgesamt 60.000€ mit 2018 zur Gänze gestrichen wird. Es sind die Vereine „Maiz – autonomes Zentrum von & für Migrantinnen“, „Fiftitu% - Vernetzungs- und Beratungsstelle für Frauen in Kunst und Kultur“ und „Arge Sie – Beratung und Wohnen für wohnungslose Frauen“. Die Begründung war, dass ihre Arbeit nicht mehr zum „Kerngeschäft“ des Frauenreferats gehöre, weil sie „Teilgruppen von Frauen spezifisch unterstützen“ und nicht alle Frauen. Diese offensichtlich heuchlerische Begründung lässt vor allem politische Gründe vermuten, auch weil diese Vereine politische Arbeit gemacht haben, wie z.B. Teilnahme an 8. März Demonstrationen, Kritik an den Kürzungen des Landes OÖ im November/Dezember 2017, Stellungnahmen usw...
Mit der Streichung der kostenlosen Kindernachmittagsbetreuung in Oberösterreich, reiht sich die Streichung der Frauenvereine ein, in die vermehrten Angriffe auf Frauen, die die Frauen immer weiter zurück in die „eigenen vier Wände“ drängen sollen.

Die Frauenvereine kämpfen nun unter der Initiative „Frauenland retten“ gegen die Streichung an. Das ist gerechtfertigt! Gleichzeitig zeigt uns dieses Beispiel wie wichtig es ist, Vereine und Organisationen unabhängig aufzubauen. Ansonsten ist das Fortbestehen von Vereinen und Organisationen hauptsächlich vom politischen Willen der Regierung und ihrer Institutionen abhängig und man muss sich jedes Jahr wieder „fürchten“, dass Fördermittel gekürzt oder gestrichen werden.
Die jetzige Schwarz-Blaue Regierung zeigt, wie schnell es gehen kann, dass Vereine einfach „gestrichen“ werden und speziell bei Förderungen von Frauen und MigrantInnen zeigen sie ihr rassistisches und frauenfeindliches Gesicht!
Stützen wir uns auf unsere eigenen Kräfte und schaffen wir unabhängige Initiativen, Vereine und Organisationen, deren Existenz nicht von der „Gunst“ der Herrschenden abhängig ist!



Aktivistinnen in Linz trugen am 8.März unter anderem ein Transparent gegen diese Kürzungen.

Das „Arbeitslosengeld neu“

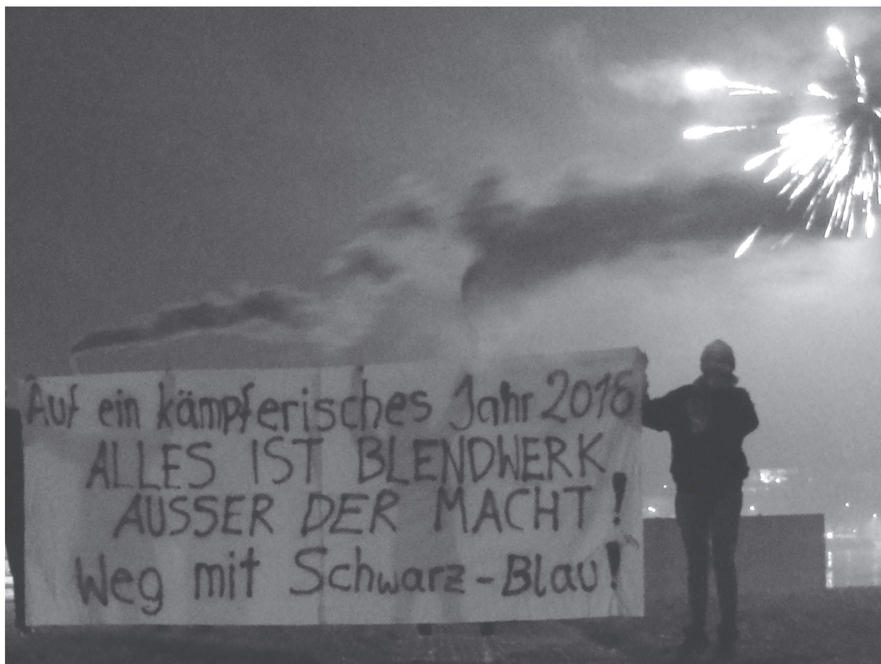
Die nächsten Angriffe der schwarz – blauen Regierung gegen die Mehrheit der österreichischen Bevölkerung betreffen das Arbeitslosengeld. Die Regierung will mit ihren „Reformen“ die Notstandshilfe abschaffen und das Arbeitslosengeldes soll mit zeitlichen Verlauf gekürzt werden. Die Bezüge des Arbeitslosengeld bleiben befristet, die Höhe am Anfang bis zum Ende sei noch unklar.

Derzeit hat jeder einen Anspruch auf Arbeitslosengeld, wer in den letzten zwei Jahren mindestens 52 Wochen gearbeitet hat, 20 Wochen lang. Es werden 55% des Nettoeinkommens bezahlt. Im Vergleich sind es z.B. in Finnland, Tschechien, der Schweiz, den Niederlanden und Portugal mehr als 70%. Die Notstandshilfe in Österreich ergibt 92% des Arbeitslosengeld und ist unbefristet.

Die Abschaffung der Notstandshilfe heißt Verluste für alle, die über der Mindestsicherung hinaus ihre Leistungen bezogen haben. Auch wenn das Arbeitslosengeld für Langzeitarbeitslose bestehen bleibt werden sie durch die Reform aufgefordert, wie es üblich ist bei der Mindestsicherung, ihr Erspartes oder Wertgegenstände auszuschöpfen. Diese Maßnahmen, welche ein „Anreiz“ für die Jobsuche sein sollen, richten sich ganz klar gegen die untersten Schichten der Bevölkerung. Besonders ältere Arbeitslose, Frauen (mögliche Schwangerschaft) und erkrankte Menschen haben es schwer wieder einen Job zu finden, da sie viel lieber durch junge Lohnarbeiter ausgetauscht oder ersetzt werden.

Die Angriffe werden aber durchaus ihre Auswirkungen mit sich bringen. Der Widerstand gegen die schwarz – blaue Regierung wächst stetig. Nicht einmal ein Monat ist die Angelobung her und es haben sich mehrere zehntausend an Protesten und Aktionen gegen die Regierung beteiligt. Durch unseren Widerstand können wir diese reaktionäre Politik durchaus stoppen, noch weiter zu gehen. Wenn wir fest zusammenstehen und uns zusammenschließen, dann werden wir dazu in der Lage sein!

Weg mit Schwarz/Blau!
Nieder mit dem Kapital!



"Auf ein kämpferisches Jahr 2018: Alles ist Blendwerk außer der Macht! Weg mit schwarz-Blau!"

AktivistInnen in Linz machten zu Neujahr um Mitternacht diese Transparent-Aktion.

Nein zum 12 Stundentag!

Der elastische Achtstundentag

**Es braust ein Ruf wie Donnerhall:
Acht Stunden – mehr auf keinen Fall!
Nach Fünfe machen wir keinen Schlag,
Hoch lebe der Achtstundentag!
Proleten, ihr könnt ruhig sein,
Wir setzen uns schon dafür ein:
Fest steht die Acht, die Acht, die Acht,
Allein
Elastisch, elastisch, elastisch muss sie sein.**

**Der Schwur erschallt, der „Vorwärts“ schweigt,
Der Absatz stockt, der Dollar steigt.
Prolet, du weißt nicht, was die droht -
Hier Hungersnot, dort Butterbrot.
Wie wäre es denn mal mit Neun,
Der Unterschied ist ja nur klein.
Und im Prinzip bleibt es bei Acht,
Allein
Elastisch, elastisch, elastisch muss sie sein.**

**Wenn ihr zehn Stunden schuften wollt,
Kriegt ihr in zwanzig Jahren Gold!
Der Knabe Hugo, fromm und stark,
Zahlt euch indes in Landesmark.
Geht ruhig auf den Handel ein,
Es ist ja quasi nur zum Schein,
Fest steht die Acht, die Acht, die Acht,
Allein
Elastisch, elastisch, elastisch muss sie sein.**

**Solang ein Tropfen Blut noch glüht,
Schiebt jetzt der Kuli für’n Profit,
Achtstundentag und Lohn in Gold?
Habt ihr nicht alles was ihr wollt?
Und wirst du nicht gleich ruhig sein,
So schlage ich dir den Schädel ein!
Beweg‘ dich, reg‘ dich, bück‘ dich, Schwein!
Elastisch, elastisch, elastisch musst du sein!**

(Gasbarra, erschienen 1924 im Malik Verlag)



"Pro Europäischer Kurs" und Pesco unter neuer Regierung fortgesetzt

Die neue Regierung setzt den „pro-europäischen“ Kurs fort – den Kurs von Militarismus und imperialistischer Kriegstreiberei. Alle angeblichen Vorbehalte anderer europäischer Regierungen gegen die FPÖ in der neuen Regierung seien wie weggeblasen mit dem klaren Bekenntnis von Sebastian Kurz zur EU.

Darunter, die Fortführung, des bereits mit Hilfe von der SPÖ beschlossenen Beitritt zur EU-Verteidigungsunion Pesco, der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit. Diese umfasst die allermeisten EU-Mitglieder und ist eine militärische Zusammenarbeit zur Entwicklung einer EU-Armee. Die Pesco verfolgt das Ziel mehr Unabhängigkeit von der USA geführten NATO zu bekommen. Für dieses Ziel, nimmt selbst der, militärische schwächere deutsche Imperialismus eine Stärkung des militärisch am stärksten Imperialisten dieses Bündnisses, Frankreich in Kauf.

Das österreichische Heer wird sich im Rahmen der Pesco an vier Projekten beteiligen: Katastrophenschutz, Cyberbekämpfung, einem von Deutschland geführten Training für militärischen Transport und das österreichische Heer wolle in einem weiteren Pesco Training seine Gebirgsjäger Erfahrungen einbringen. Die Pesco beinhaltet außerdem gemeinsame Rüstungsprojekte und soll dem Aufbau stehender EU-Einheiten dienen.



In vielen Städten in Österreich fanden Aktionen zur Verteidigung der Neutralität statt. Unter anderem Transparentaktionen in Graz (oben), Linz und Wien.

Kurz, wie auch Doskozil erklärten dies sei kein Problem für die Neutralität Österreichs – obwohl es ein klares Bekenntnis und Unterstützung des imperialistischen Krieges ist, wenn auch mit kleinen Einschränkungen durch die verfassungsmäßig verankerte „Neutralität“ Österreichs.

Die Solidarwerkstatt Österreich schreibt in diesem Zusammenhang über die „Erklärungsversuche“ der Minister, dass dies auch zeige, dass die Neutralität eine große Verankerung in der österreichischen Bevölkerung besitzt. Es wird dabei der frühere Verteidigungsminister Platter zitiert, welcher bereits 2003 das Ziel formulierte als er sagte: *„Die Neutralität ist tief im Herzen der Österreicher. Man muss behutsam sein, eine Operation vorzubereiten, um das vorsichtig herauszuoperieren.“* (Die Presse, 5.12.2003)

Der pro-europäische Kurs bedeutet Militarismus, eine endgültige Absage an die Neutralität und imperialistischen Krieg! Das ist ein weiteres Beispiel dafür, wie falsch es ist, die sogenannte „pro-europäische Haltung“ als Gegensatz zur offen faschistischen FPÖ zu begreifen!





SALZBURG: Demonstration gegen Schwarz-Blau

BERICHT



70.000 demonstrieren gegen die neue Regierung!

Jänner 2018

Großdemo in Wien: Weg mit Schwarz - Blau! 70.000 demonstrieren gegen die neue Regierung!

Es beteiligten sich bis zu 70.000 DemonstrantInnen bei der heutigen Demonstration in Wien. Ein starker Ausdruck dafür, dass die Angriffe der Herrschenden nicht unbeantwortet bleiben, denn sie richten sich gegen viele Teile der Bevölkerung und besonders gegen die untersten Teile. Die Demo verlief vom Christian-Broder-Platz bis zur Hofburg und die ganze Demoroute war voll mit DemonstrantInnen. Die Antifaschistische Aktion beteiligte sich in einem Bündnis mit verschiedenen demokratischen, antiimperialistischen und kämpferischen Kräften. In diesem Block fielen die AktivistInnen durch eine kämpferische und internationalistische Haltung und zahlreiche antifaschistische Fahnen auf. Das zeichnete sich aus durch ein Transparent mit den Losungen "Weg mit Schwarz - Blau!", "Nieder mit dem Kapital!" und "Kämpferischer Antifaschismus voran!", einem persischen Transparent mit der gleichen Losung und der Beteiligung von vielen MigrantInnen. Von Anfang bis zum Ende wurden Parolen gerufen, unter anderem wurden auch neue kreative Parolen in die Demonstration eingebracht, die sich gegen die Angriffe der Regierung richten, aber auch Perspektive für die antifaschistische Bewegung weisen. Parolen wie "Wehrt euch kämpft seid nicht dumm, der 12h Tag bringt uns um!", "Hoch die Internationale Solidarität!" und "Das Kapital hat viele Farben, ihnen allen den Kampf ansagen" wurden gerufen. Dieser Funke der sich heute in der antifaschistischen Bewegung entzündete, darf nicht erlöschen. Alle Revolutionäre, AntifaschistInnen und DemokratInnen müssen bestrebt sein diese Bewegung weiter voranzubringen und die weitere Initiative nicht aus der Hand zu geben. Das heißt den Funken zu entfachen, neue Initiativen zu setzen und so einen Schritt voran zu gehen. Wir dürfen uns nicht von der heuchlerischen "Opposition"(SPÖ) blenden lassen und dürfen nicht vergessen, dass unter ihrer Führung antidemokratische Angriffe wie zum Beispiel Einschränkungen des Demonstrationsrechtes, diverse Sicherheitspakete und Angriffe auf Arbeiterrechte durchgeführt wurden. Bauen wir auf diesem Erfolg heute auf, nützen wir diese Demonstration als wichtigen Anlass die antifaschistische Bewegung noch stärker zu einer Kraft zu schmieden die über den Kampf gegen schwarz/blau hinaus, sich gegen alle richtet, die Ausbeutung und Unterdrückung aufrechterhalten wollen.

Weg mit Schwarz - Blau!
Nieder mit dem Kapital!
Kämpferischer Antifaschismus voran!



Wie weiter gegen Schwarz-Blau?

Zu einigen Fragen der Perspektive der Proteste gegen Schwarz-Blau:

Februar 2018

Mit Ende 2017 und Beginn 2018 gab es viel Proteste gegen die schwarz-blau Regierung und ihre Politik. Begonnen mit den Protesten in Oberösterreich gegen die schwarz-blaue Landesregierung, über Demonstrationen in mehreren Städten zur Angelobung der neuen Bundesregierung bis zuletzt zur Großdemonstration von etwa 70.000 Leuten in Wien – brachte schwarz-blau bereits zehntausende DemonstrantInnen auf die Straße! Schwarz-Blau zieht mehr noch als die alte Regierung den Zorn der Massen auf sich und verdeutlicht für alle antifaschistischen und demokratischen Teile der Bevölkerung die Notwendigkeit aktiv zu werden!

Doch so gerechtfertigt der Widerstand gegen schwarz-blau und die Forderung „Weg mit Schwarz-Blau" auch ist, so gerechtfertigt ist die Frage – und was dann? Etwa zurück zum Status quo, mit Schwarz-Rot, oder Rot-Blau wie im Burgenland?
Es fällt bei den bisherigen Protesten auf, dass sich die allermeisten Organisationen und Plattformen darum drücken Position zu beziehen und kaum eine Orientierung über „Anti Schwarz-Blau" hinaus weist. Im Gegenteil, ist bemerkbar, dass je größer die Proteste ausfallen, je breiter mobilisiert wird, umso stärker treten auch innerhalb der antifaschistischen Reihen reformistische und parlamentarische Tendenzen auf, sowie auf einmal die Grenzen zwischen „linksradikal", „außerparlamentarisch" und bürgerlich (SPÖ) geführten Organisationen und Gruppierungen „verschwimmen". So war es zwar einerseits gut, dass sich 70.000 Leute an der Demo am 13.1. beteiligten, doch andererseits wurde mit der Führung der Demo durch die SPÖ auch wichtige Schwächen offen gelegt. Die SPÖ stellten sich beinahe unwidersprochen an die Spitze dieser Demonstration und versuchte der Demonstration einen pazifistischen, parlamentarischen und reformistischen Charakter aufzudrücken. Als Teil der Herrschenden, als Partei die durch und durch den imperialistischen Interessen der Österreichischen Bourgeoisie entspricht, erfüllten sie einen guten Job, den Protest zu kontrollieren und zu ersticken. Dass sie das heute immer noch können, obwohl sie in allen Regierungen wo sich sich beteiligten (und insbesondere in der letzten Periode) arbeiterfeindliche, rassistische und faschistische Politik betrieben, liegt nicht unwesentlich am parlamentarischen Kretinismus – an den Illusionen ins bürgerliche Parlament – innerhalb der sogenannten „Linken" in Österreich. Die Demoleitung der Großdemonstration am 13.1. räumte der SPÖ die Führung der Demo ein, was gut zeigt, dass ein nicht unwesentlicher Teil der „Linken" vollkommen am Boden des Parlamentarismus stehen. Damit unterstützen sie nicht nur eine ebenso durch und durch reaktionären Fraktion der Herrschenden, sondern erledigen einen guten Dienst für die faschistischen Interessen des Österreichischen Kapitals, indem sie den Widerstand und Protest schwächen.



Mit Schwarz-Blau sind zweifellos die aggressivsten Teile der Herrschenden in der Regierung, doch handelt es sich dabei keineswegs nur um „Nazis", „Ewiggestrige" oder Deutschnationale. Das in den Vordergrund zu stellen verneint, dass durch die neue Regierung viel mehr die eigenen imperialistischen Interessen des österreichischen Kapitals und damit mehr Eigenständigkeit gegenüber Deutschland angestrebt werden. Das ist wichtig zu bemerken, um nicht durch eine einseitige „anti-Nazi" Kritik an der Regierung der Reaktion einen Gefallen zu tun, indem die Leute für Nationalchauvinismus und österreichischen Patriotismus mobilisiert werden.

Es kommen stürmische Zeiten auf alle fortschrittlichen, demokratischen, antirassistischen und antifaschistischen Leute zu, das ist klar. Deshalb seine Eigenständigkeit aufgeben und sich zum Anhängsel der SPÖ zu machen, ist jedoch der direkte Weg in die Kapitulation und bedeutet eine Stärkung für die Reaktion. Was von den AntifaschistInnen und RevolutionärInnen heute verlangt wird, ist es fest auf die eigene Kraft zu vertrauen und die eigene Art zu kämpfen entwickeln!
Die „eigene Art zu kämpfen" lernen, heißt bürgerliche Positionen zurück zu schlagen und sich keiner bürgerlichen Führung unterzuordnen!
Den Kampf gegen Faschismus voranzubringen, heißt neue Leute für den Kampf gegen das Kapital zu gewinnen, die Pläne der Herrschenden die Leute ruhig zu stellen, ihnen zu diktieren was legitimer Protest ist und ihren Zorn auf nur eine Fraktion der Bourgeoisie zu richten, zu durchkreuzen.
Die Zustände, die politische Lage in Österreich, sowie in weiten Teilen Europas spitz sich zu, das sehen viele schon – demnach kann jedoch nicht einfach in den „alten Mustern", mit den alten Methoden weiter gemacht werden. Ebenso wenig, wie das Anlass dazu gibt, die Aufgaben auf reformistische Tagespolitik herunterzubrechen – ganz im Gegenteil

schreien die Verhältnisse nach revolutionärer Organisierung und kämpferischem Antifaschismus!

Schwarz-Blau schafft keine gänzlich neuen Verhältnisse, mit ihrem Programm verdeutlichen sie jedoch was die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse für den größten Teil der Bevölkerung, besonders den ArbeiterInnen bedeuten: nichts als Unterdrückung und Ausbeutung!

- KeinE klassenbewussteR ArbeiterIn und keinE erhrlicheR AntifaschtIn verlangt einfache Antworten oder sucht nach dem einfachsten Weg, denn es ist klar, dass der antifaschistische Kampf vieles abverlangen wird. Setzt euch mit der proletarischen Theorie auseinander und zerschlagt die Illusionen in den „einfachen" Weg der Reformisten und Karrieristen!

- Vertraut in die eigene Kraft! Die Bevölkerung in Österreich hat es schon öfters bewiesen, zuletzt mit der Unibewegung und der großen antifaschistischen Protestwelle gegen Pegida, dass es objektiv eine Basis gibt für eine fortschrittliche, antifaschistische Massenbewegung. Machen wir uns daher nicht zum Anhängsel einer bürgerlichen „Opposition", sondern organisieren wir uns unabhängig!

- Nehmt die Initiative in die Hand und entwickelt den Widerstand vom kleinen zum Großen! Es gab bereits viele Vorbereitungs- und Aktionstreffen, es gründeten sich mehr oder weniger Lose Initiativen und Bündnisse ausgehend von den bisherigen Protesten. Entwickelt diese Initiativen weiter, organisiert Aktionen und Treffen um mehr Leute für einen stabilen und langfristig angelegten Widerstand zu organisieren!

Mit der neuen Regierung zeigt sich, dass der eingeleitete Kurs des österreichischen Kapitals der offene Faschismus und rassistischer Terror ist – dagegen wird eine einmalige Großdemonstration nicht die letzte Antwort gewesen sein! Wehrt euch und kämpft – verstärkt die Reihen des kämpferischen Antifaschismus! Beseitigt die Wurzel des Faschismus: Nieder mit dem Kapital!

Wehrt euch gegen die aktuellen Angriffe! Kämpft gegen das Kapital!

BERICHT

Große Demonstration gegen „Akademiker Ball" in Wien

Dieses Jahr jährte sich die Demonstration gegen den Akademiker Ball zum zehnten mal. Nicht nur das Jubiläum sondern auch die schwarz-blaue Regierung brachten spezielle Voraussetzung. Seit nun zwei Monaten wird Österreich von den aggressivsten Vertretern des Kapitals regiert. Angriffe auf grundlegende demokratische Rechte, weitere Verschärfung der Ausbeutung und Unterdrückung der Bevölkerung entfachten den Zorn der Massen. Seit zwei Monaten beteiligten sich 100.000 an den Protesten gegen die neue Regierung. Seit der letzten Großdemonstration wurde der kämpferische Antifaschismus angegriffen, das Zünden von Bengalen wurde als großes Verbrechen dargestellt. Die Polizei warnte vor den linksextremen “Demotouristen" um ihr Großaufgebot zu rechtfertigen und bei möglichen Auseinandersetzungen hart durchzugreifen.
Die mediale Stimmungsmache gegen diese Demonstration konnte die AntifaschistInnen nicht einschüchtern ihren gerechtfertigten Zorn zu zeigen. Noch nie in den zehn Jahren, gab es eine größere Beteiligung am Protest, über 10.000 nahmen teil.
Wir müssen uns auf einen langfristigen antifaschistischen Kampf einstellen. Die „Antifaschistische Aktion" hob sich durch eine starke Einheit und ein kämpferisches Auftreten besonders hervor.
Das führte zu einer allgemein guten Stimmung, die bis zum Schluss hoch war. Besonders auch die neuen Parolen „Das Kapital hat viele Farben, ihnen allen den Kampf ansagen" und „Hoch die internationale Solidarität, verteidigt die Neutralität" wurde von großen Teilen mitgetragen. Viele AntifaschistInnen ließen sich nicht einschüchtern, traten kämpferisch auf und zündeten trotz der medialen „Panikmache" Leuchtfakeln und Bengalen, welche entgegen der medialen Hetze gut ankamen und die Stimmung weiter hoben. Unter den neuen Voraussetzungen wurde der kämpferische Antifaschismus erfolgreich verteidigt. Es zeigte sich das ein großer Teil der AntifaschistInnen keine Illusionen in irgendwelche bürgerlichen Parteien hat, doch an was es fehlt ist die Perspektive. Das ist die Aufgabe der sich die fortschrittlichsten Kräfte in den Reihen des kämpferischen Antifaschismus annehmen müssen. Diese Demonstration ist eine gute Grundlage für die weiteren Proteste. Wir müssen uns auf einen langfristigen antifaschistischen Kampf einstellen. Solange das Kapital nicht niedergeschlagen ist, ist es gezwungen die Ausbeutung und Unterdrückung weiter zu verschärfen. Nur wenn wir unsere Kräfte zusammenschließen und uns organisieren, können wir uns gegen die kommenden Angriffe wehren und die Bewegung auf ein neues Niveau heben.

Schließt die Reihen des kämpferischen Antifaschismus!

Tod dem Faschismus! Freiheit dem Volk!





Solidaritätsaktion in Graz zur Unterstützung der Kämpfe gegen Schwarz-Blau und gegen das Kapital!



Bild aufgenommen auf der Demonstration gegen den faschistischen Akademikerball (WKR) Wien.

Bild aufgenommen auf der Demonstration gegen den faschistischen Akademikerball (WKR Ball) in Wien.

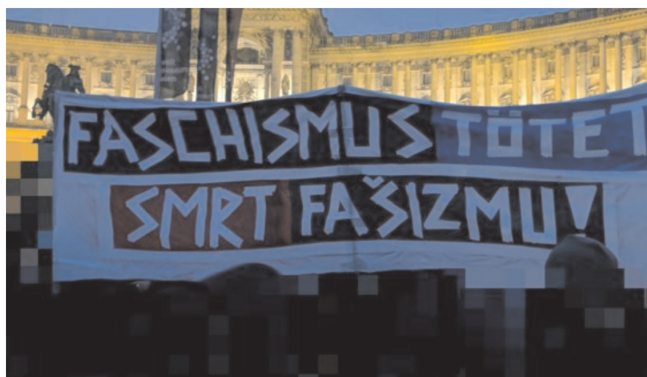


Demonstration in Linz am 3. Februar, gegen den Burschenschafterball.

WIEN: Großdemonstration gegen Schwarz-Blau









Solidarität mit den kämpfenden Massen in Serbien! Voran mit der "Partija Rada!"

Aufgenommen bei der Großdemonstration gegen Schwarz-Blau in Wien, Jänner 2018.

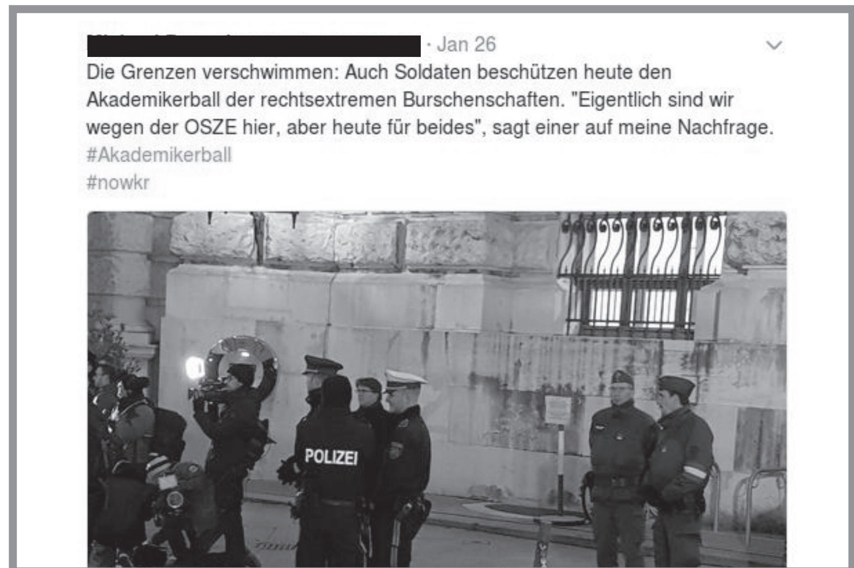
Provokateure bei Demonstration

Wie uns berichtet wurde, kamen bei der Demonstration gegen den Akademiker Ball in Wien gezielt Provokateure zum Einsatz, welche versuchten die Demo „anzustacheln". Als der Demozug stehenblieb versuchten sie vom Straßenrand aus Pflastersteine in die Demo weiter zu reichen, mit den Worten „kemts nehmts eich aboa". Sie waren in keinem Block organisiert, sondern einzeln unterwegs und setzten diese Aktion vollkommen aus dem Nichts heraus, was sofort berechtigtes Misstrauen erweckte. Die AntifaschistInnen reagierten nicht auf diese Provokation und nahmen die Steine nicht an, einer der Provokateure begann daraufhin zu schimpfen.

Dass Provokateure auf Demonstrationen gehen ist kein Geheimnis und wurde in diesem Fall „offen" präsentiert. Wichtig ist, weder auf solche Provokationen hineinzufallen und somit der Polizei in die Hände zu spielen, noch wegen der steigenden Repression eine kämpferische Haltung abzulegen!

Militär im Einsatz beim Wiener Akademikerball

Nicht nur Hundertschaften von Polizisten und zwei Wasserwerfer waren in Wien zum Schutz der Burschenschafter abgestellt, sondern auch das Militär wurde eingesetzt. Ein weiteres Zeichen für die vermehrte Koordination von Polizei und Militär. Das Militär wird zunehmend darauf vorbereitet auch innerhalb Österreichs gegen Demonstrationen oder Rebellionen vorzugehen, obwohl ein Einsatz der Armee gegen die Bevölkerung laut Verfassung verboten ist. Übungen zur Aufstandsbekämpfung gab es bereits Ende letzten Jahres, beim diesjährigen Akademikerball übernahm das Heer bereits erste kleine Aufgaben.



Ein Journalist auf Twitter, 26.1.2018

Wir kämpfen gegen den Chauvinismus indem...

...wir uns nicht mit einem Staat versöhnen, der auf Kosten der unterdrückten Völker und Nationen lebt, auch wenn es sich manche hier ganz "gut einrichten" können.

...wir uns in erster Linie mit den Völkern am Balkan und in Osteuropa verbinden, daher diese Völker am stärksten vom österreichischen Imperialismus ausgebeutet und unterdrückt werden. Ihr Kampf darf nicht vom Klassenkampf in Österreich getrennt betrachtet werden.

...unsere Verbindung mit den unterdrückten Völkern, welche nicht die fortschrittlichsten Postionen vertreten, nicht darauf zu belehren, sondern Einheit zu schließen wo es möglich ist. Wir werden ihre konkreten Bedienungen zum Klassenkampf niemals so gut kennen und verstehen wie sie selbst.

...unsere Agitation und Propaganda einen internationalistischen Charakter trägt. Wir blicken auf die fortschrittlichsten Kämpfe in den Sturmzentren der Revolution, die in der Hauptseite Lateinamerika, Asien und Afrika sind. Aus diesen Kämpfen können und müssen wir lernen und verstehen diese Erfahrungen auf unsere konkreten Verhältnisse anzuwenden.

Rechtsbereinigungsmaßnahmen durch Justizminister Moser



Anfang des Jahres kündigte Justizminister Moser einen Rechtsbereinigungsplan an, den er noch im ersten Halbjahr 2018 durchführen möchte. Konkret heißt das: er will sämtliche Vorschriften des Zivil-, Straf- und Verwaltungsrechtes, die älter als 18 Jahre sind mit einem Streich außer Kraft setzen; außer die jeweiligen Ministerien beharren auf bestimmte Gesetze.
Er gibt den Ministerien bis 15. März Zeit, um sich zu "überlegen" welche Gesetze noch gebraucht würden, um dann seine Regierungsvorlage im Parlament einzureichen. Rein theoretisch wären das bis zu über 1.704 Gesetze die wegfallen würden. Konkret kann noch nicht gesagt werden, welche gesetzlichen Bestimmungen wegfallen. Denn würde Mosers Vorhaben einfach so durchgehen würde das theoretisch heißen, dass z.B. das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch von 1811 abgeschafft wird.

Große Bedenken stellen sich aber vor allem bei der Deregulierung im Zivilrecht. Ins Zivilrecht fallen unter anderem das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das Ehegesetz, das Konsumentenschutzgesetz, das Mietrechtgesetz, die Zivilprozessordnung usw.
Mit der Deregulierung soll die Rechtsordnung von "übertrieben genauen" und "unnötigen" Rechtsvorschriften "bereinigt" werden. Was jedoch als unnötig betrachtet wird, entscheiden die jeweiligen Ministerien, allen voran Moser. Mit der derzeitigen Regierungsaufstellung und der Vorarbeit der „alten“ Regierung ist klar, wo die Interessen liegen. Denn in der vorherigen Regierungsperiode wurden die Arbeitsrechte und Grundrechte massiv beschnitten, wie es beispielsweise das Demonstrationsrecht zeigt oder diverse Kürzungen in der Gesundheits- und Grundversorgung.

Klar ist, dass die ÖVP - FPÖ Regierung für das Kapital eine gewisse „Brecheisen“ Funktion hat, eine Rechtsbereinigung daher sicher auf Kosten der MigrantInnen, ArbeiterInnen und Frauen geht!

ÖSTERREICH: Innenminister Kickl baut die Polizei weiter aus



Wien, 18.12.2017: Demonstration am Tag der Angelobung gegen die neue Schwar-Blau Regierung.

Die Anzahl der Rekruten für die Polizei wird mehr als verdoppelt, zusätzlich soll eine neue berittene Einheit nach dem Vorbild der deutsche Pferdestaffeln gebildet werden. Um auch genug neue Kiwara zu finden werden auch die Anforderungen die neue Rekruten erfüllen müssen nach unten geschraubt.
Nicht erst mit Schwarz/Blau ist das Vorhaben der Herrschenden ihre bewaffneten Kräfte gegen die Bevölkerung im Inland weiter auszubauen und zu verstärken ein Thema. Schon unter der SPÖ/ÖVP Regierung wurde damit begonnen, jetzt setzt es Kickl zügig und erweitert um.
Insbesondere die geplante wieder Einführung der Pferdestaffeln ist eine besondere Provokation gegen die Mehrheit der Bevölkerung und die Tradition der Arbeiterbewegung. Sie ist ein Symbol für die offen faschistische, politische Tradition, der die „neue“ Regierung nach eifert. Vor nicht einmal einem Jahr sagte der Einsatzleiter der WEGA , im Interview mit der „Wiener Zeitung“, dass Pferdestaffeln in Österreich deshalb nicht angewendet werden, weil die Bevölkerung eine berittene Einheit zu stark mit offenem Terror verbindet, da sie ein Kampfinstrument gegen die Arbeiterbewegung war und in der blutigen Niederschlagung des Juli-Aufstands von 1927 eine wichtige Rolle gespielt hat. Tatsächlich haben die Herrschenden seit dem aufflammenden Widerstand der Arbeiterbewegung nach der Niederschlagung der Juli-Revolten keine berittenen Einheiten mehr eingesetzt, da sie zurecht den Hass des Volkes auf sich zieht. Das ändert sich nun unter den aggressivsten Teilen der Herrschenden die jetzt die Regierung stellen. Sie bauen ihren Unterdrückungsapparat, nach dem nächsten Überwachungspaket das zu Anfang des Jahres beschlossen wurde, weiter aus und senden damit eine unmissverständliche Nachricht an alle antifaschistischen Kräfte.
Die Herrschenden haben ein sehr aggressives Programm vor und werden nicht davor zurück schrecken ihre Repressionskräfte wie Polizei, Geheimdienst und Armee auch gegen die organisierte, kämpfende Bevölkerung einzusetzen. Doch es regt sich auch schon Protest gegen den Ausbau der Polizei.

[Quelle: DemVolkedienen.org]

BERICHT

LINZ: 3800 auf Demo gegen Burschenschafterball!



Oberösterreich ist jetzt schon über einem Jahr eine Region wo die Schwarz/Blaue Regierung ihre Antidemokratischen Angriffe wie z.b. Die Kürzungen bei der Mindestsicherung, Studiengebühren und einer „Frauen an den Herd Politik“ (Kinderbetreuung, Streichung diverser Fraueninitiativen) versucht durchzusetzen. Dies führte in Oberösterreich bereits zu großen Demonstrationen, wo sich insgesamt bis zu 10.000 DemonstrantInnen beteiligten.

Zu den Protesten gegen die neue Schwarz-Blaue Regierung kamen die alljährlichen Proteste gegen die Burschenschaften zusammen. Dies bringt dem antifaschistischen Kampf in Österreich eine gute Voraussetzung, dass sich die ehrlichen AntifaschistInnen, DemokratInnen und Revolutionäre zusammen schließen um den Kampf gegen das Kapital voran zubringen.
Das zeigte sich auch an der Größe der Demonstration, so beteiligten sich im Gegensatz zu den von dem offiziellen Demoleitung anfangs geschätzten 600, im Laufe der Demo bis zu 3800 DemonstrantInnen an dem Protest.
Die Initiative „Stahlstadt gegen Faschismus“ beteiligte sich gemeinsam mit der Antifaschistischen Aktion und der Solidarwerkstatt an der Demo. Im Gegensatz zu dem geplanten Spaziergang von „Linz gegen Rechts“ brachte dieser Block einen kämpferis

chen Ausdruck in die Demo. Durch das entschlossene Auftreten der AntifaschistInnen reihten sich zahlreiche DemonstrantInnen in den Block ein und beteiligten sich aktiv an den Parolen. Nicht nur durch die Parolen, sondern auch an der Zusammensetzung des Blocks zeigte sich der internationale Charakter. Besonders große Beteiligung gab es von DemonstrantInnen aus Afghanistan, Syrien und Irak. Weiters wurde diese Demonstration genutzt um sich an der internationalen Kampagne zur Freilassung von G.N. Saibaba und aller politischen Gefangenen in Indien zu beteiligen.
Besonders hervorzuheben ist außerdem die große Beteiligung der Frauen an diesem Block, die entgegen der patriarchalen Vorstellungen der Herrschenden, durch ihr selbstbewusstes, lautes und kämpferisches Auftreten dem Block einen starken Ausdruck verliehen!
Die letzten Demonstrationen zeigen uns, dass sich große Teile der Bevölkerung nicht von der reformistischen Demoleitung blenden lassen. Der Kampf gegen Schwarz-Blau ist ein gerechtfertigter Kampf, doch müssen wir diesen weiterführen. In der jüngsten Vergangenheit wurden in Linz dann große Erfolge erreicht, wenn sich die AntifaschistInnen auf ihre eigene Kraft stützen und von den Erfolgen ausgehend lernten auf ihre eigene Art zu kämpfen! Die antifaschistische Bewegung darf sich nicht auf einzelnen Siegen ausruhen, sondern muss gerade heute den Protest voran bringen – die Leute organisieren und eine immer stabilere Basis für den kämpferischen Antifaschismus schaffen!

Nieder mit dem Kapital!

Weg mit Schwarz-Blau!

Kämpferischer Antifaschismus voran!

Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!

MEINUNG

LeserInnen Meinung: Was soll so eine Demoroute?!

Bezüglich der antifaschistischen Demonstration am Wochenende in Linz erreichte uns ein Leserbrief einer Aktivistin der Initiative „Stahlstadt gegen Faschismus“, der eine berechtigte Kritik betrifft und daher gerne von uns veröffentlicht wird:
Zur Antifa Demo in Linz, am 3. Februar:
Ich frage mich, was der Sinn hinter so einer Route ist, die irgendwo versteckt auf einem Platz startet, dann durch Seitengassen von einer Fußgängerzone in die andere führt. Es scheint als wollen man die Demonstration und den Protest vor der Bevölkerung verstecken. Die letzten Jahre startete die Demo beim Hauptbahnhof, da bekamen es viele Passanten und Reisende mit und der Verkehr einer wichtigen Straße wurde vorübergehend lahm gelegt – dieses Jahr war der Start am Pfarrplatz, wo es genau niemand mitbekam der nicht ohnehin zur Demo kam, um danach keine wichtigen Straßen zu blockieren, den öffentlichen Verkehr nicht zu stören und so wenig wie möglich aufzufallen.
Eines zeigt diese Demoroute besonders auf, es wird alles getan um neben der Demo einen möglichst angenehmen und reibungslosen Ablauf des Alltags zu ermöglichen.
Demonstrieren heißt aber nicht einen gemeinsamen Spaziergang durch die Stadt zu veranstalten, sondern demonstrieren heißt gerade gegenüber den Herrschenden unangenehm auffallen, ihren „Alltag“ zu stören – zu kämpfen! Was je sehr positiv war, dass nicht nur sehr viele Leute auf der Demo waren, sondern teilweise auch eine sehr gute Stimmung war, laut und kampfbereit. Ich beteiligte mich bei der „Initiative Stahlstadt gegen Faschismus“ und muss sagen, dass sich die Stimmung und auch die Anzahl der Leute in unserem Block im Vergleich zum Vorjahr definitiv steigerte. Auch war bei den Leuten rund um uns merkbar, dass die Motivation und Bereitschaft sich über die letzten Demonstrationen steigerten, umso schlechter, dass vom „Bündnis Linz gegen Rechts“ so eine richtige „Knierer“-Route gewählt wurde!

Lisi



Linz, 2.3.2018: Bei der Demonstration wurden Schilder und Transparente im Rahmen internationaler Aktionstage zur Solidarität mit dem in Indien inhaftierten Genossen Saibaba mitgetragen.



WEG MIT DEM BÜRGERLICHEN ZEITUNGSMÜLL!



revolutionäres Infoblatt in Österreich

Lest, verbreitet, unterstützt, macht mit!

afainfoblatt.com

red.afa@gmx.at

fb: Antifaschistische Aktion - Infoblatt

Österreichs eigenständiger Faschismus und die Rolle der ÖVP

Heutzutage ist den meisten in Österreich nur die FPÖ ein Begriff, wenn man von faschistischen bürgerlichen Parteien spricht. Allerdings war die Christlichsoziale Partei, welche heute als österreichische Volkspartei (ÖVP) bekannt ist, die erste die eine offen faschistische Herrschaft in Österreich durchgesetzt hat. Aus diesem Grund publizieren wir einen zweiteiligen Artikel in dieser und kommender Ausgabe zur Geschichte der ÖVP und deren maßgebliche Beteiligung an der Entwicklung der eigenständigen österreischischen Variante des Faschismus.

Gegründet wurde die Christsoziale Partei Österreichs (CSPÖ) 1893 von Karl Lueger. Antiliberale und antisemitische Strömungen schlossen sich Ende der 1880er zum Bündnis der „Vereinigten Christen" zusammen.

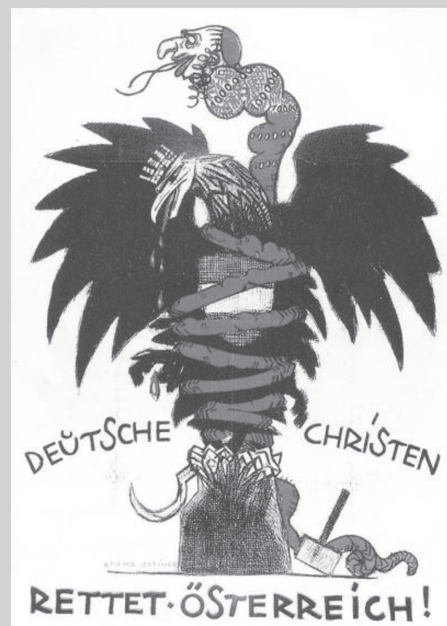
Die „Vereinigten Christen" waren keinesfalls eine homogene Zusammensetzung einheitlicher Strömungen bzw. Ideologien sondern ein Sammelbegriff für alle Antisemiten, die sich großbürgerlich und klerikal orientierten. Im Volksmund wurden sie deshalb als die „Wurstkesselpartei" bezeichnet. Bis in die 1890er-Jahre trugen die Wahlvereinigungen um Lueger Bezeichnungen wie „Antisemiten und Christlichsoziale" oder nur „Antisemiten". In dieser Frage war das Hauptaugenmerk die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben. Somit konnten sie große Massen der konservativen Bauern, Handwerker, Gewerbetreibende, Pfarrer und Beamte beeinflussen. Durch ihrer Bekenntnis zu Österreich-Ungarn stellten sie das monarchistische Prinzip voran und gewannen so Sympathien beim Adel.

Es lag im Interesse der österreichischen Herrschenden, Extraprofite durch die Ausbeutung der unterdrückten Nationen der Monarchie zu gewinnen. Die slawischen und anderen unterdrückten Völker waren ihnen ein großer Dorn im Auge da sie sich zu wehren wussten und starken Widerstand gegen die Besatzung leisteten. Die „Konservative Partei", woher einige Teile der Christsozialen stammten, befeuerten den Krieg 1878 gegen die Bosniaken. Nachdem es der Österreichisch–Ungarischen Monarchie gelang Bosnien und Herzegowina 1908 zu okkupieren, war das nächste Ziel das unabhängige Serbien. Die Bestrebungen der österreichisch-ungarischen Monarchie sich Serbien einzuverleiben drängte immer mehr zum Krieg. Um ihre Vorherrschaft zu etablieren, plante die Monarchie Bosnien, Kroatien und Dalmatien zu einem eigenständigen dritten Reich zusammenschließen. Schließlich gelang es dem serbischen Volksheld Gavrilo Princip bei einem Besuch in Sarajevo Franz Ferdinand und dessen Ehefrau bei einem Attentat zu ermorden. Dies wird heute oft noch gerne als Auslöser des imperialistischen ersten Weltkrieges als Grund angegeben.

1918 nach der Gründung der Kommunistischen Partei Österreichs (KPÖ), als inzwischen die sozialistische Oktoberrevolution die ganze Welt erschütterte, kam es in Österreich zur Revolution. Durch die Welle ermutigt stand das österreichische Proletariat an der Spitze um für den Sozialismus zu kämpfen, doch war es eine bürgerliche Revolution, die sich gegen die Monarchie richtete. Kaiser und Adel waren gestürzt und selbst die Bourgeoisie zitterte vor der Erhebung der Arbeiter und Soldatenräte, welche zeitweilig mehr Macht hatten als die Regierung. Auf den massiven Druck waren auch die Christsozialen gezwungen die erste Republik Österreich anzuerkennen.

Zehn Jahre nach der Revolution setzten die Christsozialen eine Verfassungsänderung durch. Dies gelang ihnen nur mit Zustimmung der Sozialdemokraten die sich anfangs noch dagegen sträubten, doch mit der zweiten Bundes-Verfassungsnovelle wurde sie beschlossen. Durch der Verfassungsänderung bekam der Bundespräsident mehr Macht: Er konnte die Regierung und die Beamten ernennen, er war Oberbefehlshaber des Bundesheeres und er konnte das Parlament auflösen. Es stand ihm außerdem ein Notverordnungsrecht zu, das Recht Gesetze außer Kraft zu setzen.

Der Imperialismus befand sich in den 30er Jahren durch das voranschreiten der Monopolisierung in einer Überproduktionskrise. Die Arbeiterbewegung Europas wuchs stetig, es folgten Massenerhebungen zum Sturz der alten Regimes.



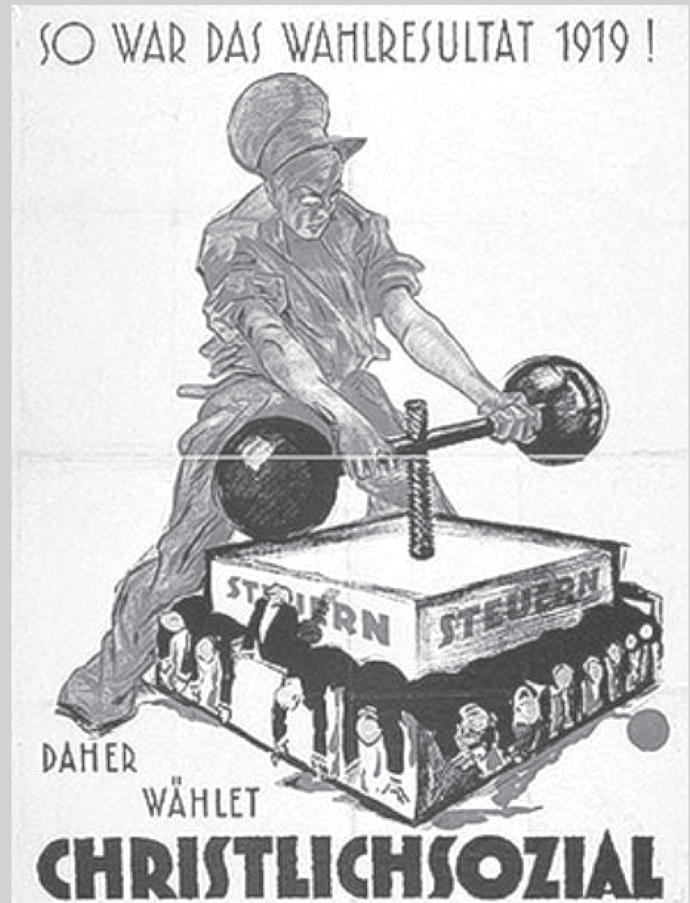
Die Imperialisten drängten, mit Deutschland an der Spitze, nach einer Neuaufteilung der Welt. Doch der Bourgeoisie standen die ermächtigten Arbeiterbewegungen und die Freiheitsbewegungen der kolonial unterdrückten Völker im Weg. Diese mussten sie zuerst beseitigen - Demokratie und die Arbeiterbewegung galt es zu zerschlagen. Im März 1933 wurde das Parlament mit dem Notverordnungparagraphen abgeschafft. Es folgte eine Welle an Verbote gegen die Arbeiterbewegung. Die sozialdemokratische Führung hat kampflos kapituliert. Die „Arbeiter- Zeitung" und der Republikanische Schutzbund wurden aufgelöst. Die Kommunistische Partei wurden mit ihren immer größer werdenden Einfluss für die Bourgeoisie gefährlicher und im selben Monat ebenso verboten.

Teile der österreichischen Herrschenden waren von Nazideutschland, durch die Aussicht auf Profit, angezogen. Die Un-

terstützer der Dollfuß Regierung hingegen, wollten sich dem deutschen Kapital nicht unterordnen und orientierten sich deshalb an dem faschistischen Italien, welches in der faschistischen Front mit Deutschland rivalisierte. Nach der Ermordung von Dollfuß kam 1934 Schuschnigg ins Amt. Schuschnigg versuchte Österreich als zweiten, besseren deutschen Staat zu positionieren.

Der sogenannte Ständestaat, oder heute auch von der ÖVP zynisch als die sogenannte „besondere Demokratie" bezeichnet, war mit ihrer Verfassung von 1934 der Anfang vom Austrofaschismus die mit folgender Präambel beginnt:
„Im Namen Gottes, des Allmächtigen, von dem alles Recht ausgeht, erhält das österreichische Volk für seinen christlichen, deutschen Bundesstaat auf ständischer Grundlage diese Verfassung."

Durch Verbote von allen oppositionellen Parteien, das Verbot von Versammlungsrecht, die Abschaffung der parlamentarischen Demokratie die Errichtung von Anhaltelager und die blutige Niederschlagung der Arbeiterbewegung im Februar 1934, war es klar welcher Ordnung man unterlag. Die KPÖ bezeichnete die Verfassung von 1934 als erste faschistische Verfassung Österreichs. Somit war der Austrofaschismus, geführt von den Christsozialen nicht nur der erste eigenständige Faschismus in Österreich, sondern auch der Nährboden für den parasitären Nazifaschismus.



Im zweiten Teil des Artikels zur Geschichte der ÖVP wollen wir unseren LeserInnen aufzeigen wie sich die Christsozialen durch ihren neuen Namen „Österreichische Volkspartei" (ÖVP) reinwaschen wollten. Ähnlich wie heute galt es ein neues Image zu Formen. Nachdem die Christsozialen den Austrofaschismus etablierten und die Annexion Österreichs durch Nazi-Deutschland zugelassen haben waren sie gezwungen eine demokratische Maske aufzusetzen. Jedoch blieb der Charakter der neu zusammengesetzten Partei der gleiche: Aggressive Vertreter des österreichischen Kapitals.

Mit Schuschnigg an der Spitze der Christsozialen konnten der Nazi-Faschismus in Österreich Fuß fassen. Das drückte sich unter anderem im Juliabkommen von 1936 aus. Es wurden die Beziehungen zwischen Österreich und dem Deutschen Reich vertieft und Österreich als „voller souveräner Staat" anerkannt. Eine Annexion wurde im Abkommen von Hitler offiziell ausgeschlossen. Jedoch war das Abkommen unterm Strich die Vorbereitung der Annexion. Im Zuge des Juliabkommens ernannte der damalige Präsidente Miklas zwei NSDAP Funktionäre, Edmund Glaise für ein Ministerposten und Horstenau und Guido Schmidt zum Staatssekretär des Außenministeriums. Außerdem verpflichtete sich der österreichische Staat alle gefangenen NSDAP Mitglieder zu amnestieren.

Das Juliabkommen veranschaulicht sehr gut, dass die Christsozialen nur vermeintliche Nazi-Gegner waren. In Aussicht auf ihren eigenen Machterhalt und aus Furcht vor der "eignenen " Arbeiterklasse unterwarfen sie sich dem Deutschen Reich.

In der katholischen Glaubensgemeinschaften gab es während des zweiten Weltkriegs Widerstand gegen den Nazi Faschismus in Österreich. Katholische Priester, Ordensleute, Nonnen und Laien wurden aufgrund staatsfeindliche Äußerungen und spontanen Protesten verfolgt. Es wurde im KZ Dachau eigene Priesterblöcke errichtet, in denen Geistliche eingesperrt wurden. In Kärnten bildeten sich katholische Widerstandsgruppen welche durch Flugblattaktionen und Sprengstoffanschläge den stärksten Widerstand der katholischen Glaubensgemeinschaften leisteten.

Durch den Druck des Widerstands in den breitesten Teilen der Bevölkerung mussten sich, für ihren Fortbestand, die Christsozialen 1945 „neu" zusammengesetzten. Noch vor der Befreiung Österreichs am 8. Mai bildeten am 17. April altbekannte Ständestaat Funktionäre die österreichische Volkspartei. Es waren die selben Antisemiten, Christsozialen und Konservativen die eine „neue" Bewegung, angepasst an die bürgerliche "Demokratie", formten.

In der Wiederaufbauzeit beeilten sich die Austrofaschisten ihre Vergangenheit auf schnellstem Weg reinzuwaschen, indem sie sich halbherzig, und wenn dann als Lippenbekenntnis, vom "Ständestaat" in gewisser Form distanzierten.

Ihre Grundlage war, als Vertreter des Privateigentums, besonders im von der Sowjetmacht besetzten Wien, eine antimarxistische, antikommunistische Propaganda. Die zahlreichen Sabotageaktionen und der bewaffnete Widerstand der Kommunisten verhalf der KPÖ zu Sympathie und gewissen Einfluss in der Bevölkerung. Ihre Beteiligung am Widerstand war die stärkste in Österreich.

Die erste „demokratisch gewählte" Regierung (ca. die Hälfte des Volkes war wahlberechtigt) der Zweiten Republik setzte sich aus der ÖVP, SPÖ und KPÖ zusammen. Leopold Kunaschek, der noch in der ersten Republik Konzentrationslager für Juden forderte (ÖVP) wurde Nationalratspräsident und Leopold Figl zum Bundeskanzler.

Im Volk waren die sieben Jahre Krieg und die Tatsache der Mitschuld lange noch ein großes Thema.

ÖVP und SPÖ waren bemüht die Mitschuld an den Naziverbrechen zu verharmlosen. Die Vertuschung des wahren Ausmaßes der Verbrechen war den beiden Parteien politisch nützlicher. Die "neue" Verfassung der zweiten Republik, war im Wesentlichen jene Verfassung, welche im Austrofaschismus errichtet wurde. Doch auf Druck der Sojwetunion kam das Bundesverfassungsgesetz über die Neutralität zum Staatsvertrag dazu. Zudem rehabilitierten ÖVP und SPÖ österreichische Nazis, und ermöglichten ihnen einer Strafe zu entgehen. Die ÖVP Wien und das Domkapital vom Stephansdom haben sich für den Ermittlungsrichter Hermann Hiltscher am NS–Volksgerichtshof eingesetzt, dieser konnte wieder ans Oberlandesgericht, Julius Raab und Julius Figl machten sich für die Anwaltslizenz des NS–Richters Phillip Meltzer stark. Der NS Landesgerichtspräsident von Wiener Neustadt bekam durch den Einsatz von Raab seine NS–Dienstzeit für die Pensionsbemessung angerechnet. In dem von der ÖVP geführten Vermögensministerium wurden auch einige ex–NSDAP Mitglieder als Verwalter eingesetzt.

Im Oktober 1950, als das vierte Lohn–Preis-Abkommen durch die Sozialpartner bekannt gegeben wurde um die Ausbeutung der Arbeiterschaft zu verstärken, brach ein umfassender Streik aus. Rund 40% der Industriearbeiter nahmen teil. Der österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB), der zu den Sozialpartnern gehörte, hatte sich gegen den Streik ausgesprochen. Eine relevante Kraft waren die kommunistischen Gewerkschaften, da die delegierten Betriebsräte und Gewerkschafter aus dem Lager der Sozialdemokraten massiv unter Druck des ÖGB und der SPÖ standen. Die ÖVP nützte dies für ihre antikommunistische Propaganda durch eine breite Lügenkampange, sprach von einem kommunistischen Putchversuch und rief zur Verteidigung der „demokratischen" Republik auf. Einige Fabriken wurden von Gendarmerie und Polizei besetzt und dutzende kommunistische Betriebsräte und Gewerkschafter wurden verhaftet, knapp tausend ArbeiterInnen gekündigt und 85 kommunistische Funktionäre aus dem ÖGB entfernt. Das vierte Lohn–Preis–Abkommen wurde nicht zurückgenommen und es folgte ein fünftes welches von den bürgerlichen Parteien besser verkauft wurde und etwas moderater ausfiel um weitere Streiks zu verhindern.

Dass die ÖVP sich von ihrer Vergangenheit nicht distanziert hatte, zeigte in in der Waldheim-Affäre. Sie stellten zynischer Weise den ehemaligen NS–Offizier der Wehrmacht Kurt Waldheim als Kandidat der Präsidentschaftswahlen 1986 auf. Zusammen mit deutschen Soldaten und mit den kroatischen Faschisten „Ustascha" kämpfte er in verschieden Gruppen gegen die Partisanen und erstellte den kroatischen Vasallenstaat. Während des Wahlkampfs fing Waldheim Wählerstimmen mit der Aussage: Er sei "Soldat der deutschen Wehrmacht gewesen wie hunderttausende Österreicher auch, die ihre Pflicht erfüllt hätten."

Der Wahlkampf wurde durch Waldheims Vergangenheit in internationalen Medien zum großen Thema. Die ÖVP machte mit dem Wahlslogan „jetzt erst recht", eine eigene Kampagne und stellten sich wieder in die Opferrolle. Der damalige Generalsekretär Michael Graff meinte dazu, dass „Waldheims Schuld nicht gegeben sei, solange nicht bewiesen sei, dass Waldheim eigenhändig sechs Juden erwürgt habe." Graff musste daraufhin zurückteten, Waldheim gewann die Wahlen und war von 1986 bis 1992 Bundespräsident.

Mit Waldheim an der Spitze drängte die Bourgeosie zum Beitritt in die Europäischen Gemeinschaft (EG, Vorgänger der EU). Dies war in den 80er ein zentrales Thema, wurde jedoch als unmöglich gesehen. Da es mit dem Konsens zur Außenpolitik und aus neutralitätsrechtlichen Gründen nicht vereinbar wäre.

Mit der Unabhängigkeitserklärung Sloweniens und Kroatiens von Jugoslawien drängte der Außenminister Mock (ÖVP) den EG–Ratsvorsitz auf eine Anerkennung. Dies wurde bald darauf beschlossen.

Mock kündigte an, dass sich Österreich der Anerkennung anschließen werde, worauf sich aber die Koalitionsregierung schwarz/rot nicht einig war. Mit Nachdruck von Waldheim stand im Jänner 1992 fest, dass Österreich die beiden Staaten anerkenne. Die österreichische Bourgeosie hatte damit ein leichteres Spiel in den beiden Ländern ihren Einfluss zu stärken und österreichisches Kapital zu exportieren. Die österreischische Bourgeoisie verhalf diesen Ländern zum zum Beitritt in die EU und zog sich dort Vertreter bürokratischen Kapitals heran, Marionetten, welche ihr Land ausverkauften und ausbluten ließen.

Die Geschichte der ÖVP veranschaulicht uns sehr gut, dass die Partei immer schon ein aggressiver Ausdruck des österreichischen Kapitals war, sie hat als einzige österreichische Partei in Österreich jemals den offen Faschismus errichtet. Wenn wir uns heute im antifaschistischen Kampf gegen das Kapital stellen, müssen wir auch auf die Geschichte Österreichs eingehen und begreifen, dass die offenen Nazis bzw. Deutschnationalen nicht der einzige Feind sind. Nur so können wir uns gegen die Angriffe der jetzigen Regierung wappnen und den Kampf bewusst voranbringen.

Die Nazis von der SPÖ?

Die SPÖ die sich gegenüber der Bevölkerung gern als „einzige Alternative“ zu Schwarz/Blau gibt und sich in Worten groß gegen Nazis stellt ist in den letzten Wochen stark in Erklärungsnot geraten. Ein ehemaliger hoher Magistratsbeamter und führender SPÖ Funktionär in Wiener Neustadt ist mitverantwortlich für das faschistische Liederbuch der Burschenschaft Germania zu Wiener Neustadt, in dem der Holocaust an den europäischen Juden verherrlicht wird. In einem der Lieder heißt es „gebt Gas ihr alten Germanen wir schaffen die siebte Million“.

Ein weiterer Spitzenfunktionär der SPÖ, der Jahre lang die Kinder seiner Familie misshandelt und sexuell missbraucht hat, hortet eine Nazisammlung in seinem Keller. Auch wenn mittlerweile beide aus der SPÖ ausgeschlossen wurden zeigt sich durch diese Enthüllungen (was blieb ihnen auch anderes übrig?), wiedereinmal aufs Neue, dass Nazi und SPÖ-Mitglied sein offenbar kein sehr großer Widerspruch ist. Solche offenen Faschisten machen in dieser Partei groß Karriere und bestimmen ihre Politik maßgeblich mit.
Das ist auch klar, immerhin ist die SPÖ eine Partei die die Interessen der größten Kapitalisten vertritt, das hat sie mit faschistischen Gesetzen, wie den Überwachungspaketen, der rassistischen Asylpolitik, der Einschränkung der Meinungs- und Demonstrationsfreiheit und ihrem rückschrittlichen Wahlprogramm „Plan A“ immer wieder bewiesen. Einfach nur heuchlerisch wenn so eine Partei nun versucht sich an die Spitze von antifaschistischen Protesten zu stellen, und umso stärker sind auch all jene „Organisationen“ in die Verantwortung zu ziehen, die es solch einer Partei erlauben, sich an die Spitze von Demonstrationen gegen Schwarz/Blau zu stellen.

Liederbuch-Affäre und historische Kommission der FPÖ

Nach dem Skandal über ein Nazi-Liederbuch in der Burschenschaft Germania, zu welcher der FPÖ Spitzenkandidat der niederösterreichischen Landtagswahlen gehört, entfachte sich in den Medien wieder eine Diskussion über die FPÖ und ihre Nazis.

Da es immer wieder zu Skandalen von dieser faschistischen Partei kommt und der mediale Druck auf sie auch wächst, wurde von der Partei selbst eine Historikerkommission beauftragt, um ihre Vergangenheit „aufzuarbeiten“ und auf dieser Weise ihr Image weiß zu waschen.

Um die ganze Geschichte noch skurriler zu machen wurde in einer Pressekonferenz der FPÖ bekanntgegeben, dass diese Kommission fast ausschließlich aus FPÖ nahen Personen bestehen wird, unter denen sich auch manche Funktionäre befinden, die selber für Skandale gesorgt haben. Wilhelm Brauneder, einem ehemaligen Nationalratspräsidenten der Partei und Herausgeber der faschistischen Zeitschrift "Aula", soll dazu noch die Freiheit genießen, sich die historischen Quellen selber auszusuchen, sodass er natürlich die freie Wahl hat kritische Quellen auszulassen und sich auf diejenigen beziehen kann, die die FPÖ in einem guten Licht darstellen lassen.

Das Ganze wird nicht ohne Grund in die Wege geleitet. Die FPÖ, die sich vor Regierungsantritt allzu gerne als eine Protestpartei ausgab, kann sich jetzt als Teil der Regierung ihre zu offen demaskierte nazifaschistische Vergangenheit und Image nicht mehr in der selben Form leisten. Durch diese Kommission versucht sie als eine moderate Mainstream-Partei aufzutreten und sich so in der Gesellschaft neu zu positionieren, sozusagen "akzeptabler" zu werden.

Das es sich hierbei um eine Fassade handelt, ist jedem klar, der sich nicht absichtlich von der FPÖ anlügen lässt. Dennoch hat das Vorgehen der FPÖ Relevanz, da es das Vorgehen der Herrschenden widerspiegelt. Dadurch, dass die FPÖ sich immer weiter als eine "akzeptable" Partei darstellt und mit den anderen zwei Großparteien, SPÖ und ÖVP, mithalten kann, gelingt es den Herrschenden besser, Widersprüche zwischen den Parteien „glatt zu bügeln“ und so ihrer eignen politischen Krise besser entgegnen zu wirken. Die Widersprüche unter diesen Parteien werden verkleinert und ihr gemeinsames Vorgehen bei Ausbeutung und Unterdrückung der Massen, etwa durch Angriffe auf Arbeiter- und Grundrechte, deutlich vereinfacht.

TOD DEM FASCHISMUS!
SMRT FAŠIZMU!



Antifaschistische Aktion

Folge uns auf Facebook: Antifaschistische Aktion - Infoblatt

Wer rebelliert, wird ausspioniert!

Innenminister Kickl (FPÖ) hat im Jänner ein neues „Sicherheitspaket" angekündigt, ohne konkreter zu werden was drinnen steht. Solche Pakete kennt man von der SPÖ schon und auch ihren Zweck, nur damals hat die FPÖ immer dagegen gewettert.



Zum Beispiel wurde 2017 mit ihrem "Sicherheitspaket" das demokratische Recht auf Demonstrationen und Versammlungsfreiheit noch weiter eingeschränkt, genauso wie die Überwachung erweitert wurde, indem unter anderem Lauschangriffe auf Privatautos erlaubt wurden. Es wurde der "Kampf gegen den Terror" als Vorwand genommen, um die Ausspionierung zu verstärken. Bereits mit den letzten „Sicherheitspaketen" bzw. „Überwachungspakten" kann die Regierung alle, die ihr ein Dorn im Auge sind ohne konkreten Tatbestand bespitzeln.

Großes Thema in den Diskussionen der Politiker war deswegen auch schon oft ein Bundestrojaner, also Schadsoftware die gezielt vom Staat gegen Zielpersonen eingesetzt wird. Der österreichische Staat steht hier auch mit Deutschland in enger Zusammenarbeit. Seit 2016 gibt es regelmäßige Treffen zwischen hochrangigen Beamten des deutschen Bundeskriminalamts und der österreichischen Behörden über den Einsatz von Schadsoftware für Ermittlungszwecke. Jetzt gerade ist die Schadsoftware "FinSpy" in Deutschland und Österreich offiziell als Bundestrojaner freigegeben.

Die Münchner Hersteller von "FinSpy", eine Firma namens FinFisher, werden seit Jahren immer wieder öffentlich kritisiert, weil ihre Schadsoftware von repressiven Regierungen eingesetzt wird. Gleichzeitig kommt von den bürgerlichen Medien hauptsächlich dann Kritik, wenn diese Trojaner von mehrheitlich muslimischen Ländern gegen ihre Bevölkerung eingesetzt werden. Wenn die USA oder europäische imperialistische Länder "FinSpy" und Co verwenden, wird es immer mit der Staatssicherheit legitimiert. Die Firma FinFisher stellt aber z.B. auch ein „Remote Monitoring Tool" für Polizeibehörden her. In dem Programm wird eine Datenbank erstellt, die alle Informationen zu einer überwachten Person zusammenfasst.
Die slowakische Sicherheitsfirma ESET entdeckte im Sommer 2017 eine neue verbesserte Version von "FinSpy". Diese enthält extreme Tarnmethoden, die die Mehrheit der Schadsoftware-Komponenten durch „Code Virtualization" verschleiert. Das heißt, dass man schwerer merkt das man gehackt wurde. Sie ist voller Tricks, die es Sicherheitsfirmen schwer machen gegen sie vorzugehen, geschweige denn Einzelpersonen. Diese Version wurde in sieben von ihnen nicht genannten Ländern gefunden.

Im arabischen Frühling kam es nach dem Sturz von Mubarak in Ägypten erstmals zu Verträgen zwischen FinFisher und der dortigen Polizei. Die Trojaner wurden gegen die rebellierenden und kämpfenden Organisationen und Aktivisten eingesetzt. Auch die Türkei verwendet "FinSpy" um international Feinde der Regierung zu hacken. In Bahrain und vielen anderen Ländern werden fortschrittliche und revolutionäre Bewegungen ausspioniert und Aufgrund der gefundenen Daten eingesperrt. Das letzte Mal, dass die Schadsoftware gefunden wurde, war auf den Handys von kurdischen und türkischen sogenannten "Staatsfeinden" in England, Deutschland und Frankreich. Letztere hatten den Trojaner von der deutsch-britischen Firma Gamma Group. Im Endeffekt kann jeder, der z.B. gegen die Regierung demonstriert als "Gefährder" oder ähnliches eingestuft und deswegen überwacht werden. Außerdem werden die erfassten Daten jahrelang gespeichert, um darauf zurückgreifen zu können, wenn sich diese Person "etwas zuschulden kommen lässt".

Diese Methoden werden gegen alle angewendet, die dem Staat und der herrschenden Klasse gefährlich werden oder werden könnten. Sie fürchten, den gerechtfertigten Zorn der Bevölkerung. Darum gehen sie immer aggressiver und repressiver gegen jegliche demokratischen, antifaschistischen oder revolutionären Kräfte vor. Revolutionäre Kämpfe weltweit zeigten und zeigen, dass diese Methode keinen Sieg für die Herrschenden bringen wird, die kämpfenden AntifaschistInnen und RevolutionärInnen finden nicht nur immer wieder neue Methoden und Formen des Kampfes, sondern lassen sich durch Repression nicht einschüchtern!

„Als AntifaschistInnen an einem Strang ziehen!“

Die Schwarz-Blaue Regierung rief berechtigter weise zehntausende Menschen in ganz Österreich auf die Straße, sie löste eine der größten Massenbewegungen der letzten Jahre aus. Die zahlreichen Leute bei den Protesten, der Aufschwung für die antifaschistische Bewegung rückten auch zahlreiche Diskussionen über die Frage der Zusammenarbeit und Bündnisse wieder in den Vordergrund. Das Bestreben eine möglichst breite Einheit gegen die herrschende Klasse und besonders ihre aggressivsten Vertreter herzustellen, ist gerechtfertigt und nicht prinzipienlos.

In den letzten Wochen wurden viele Diskussionen geführt, was die hauptsächliche Gefahr der „Anti Schwarz-Blau Bewegung“ sei. Einige meinten, es sei die SPÖ, welche nun die Proteste für sich zu gewinnen versucht, andere meinten, wieder andere meinten die Gefahr sei die Einschüchterung durch Repression und Überwachung, auch Positionen die dieser Bewegung überhaupt keine relevante Bedeutung zuschreiben konnte man hören. Das mag alles Einflüsse haben, doch entscheidend für die Entwicklung einer antifaschistischen oder revolutionären Bewegung ist nicht das, was die Herrschenden tun, sondern die inneren Kämpfe für das Vorankommen oder „Verpuffen“. Fakt ist, dass zehntausende Menschen unabhängig von den parlamentarischen Parteien auf die Straße gegangen sind um ihren Protest gegen die neue Bundesregierung zum Ausdruck zu bringen. Dass die SPÖ hierbei versucht, die Wut der Protestierenden für ihre eigenen Zwecke auszunutzen muss entschieden bekämpft werden, doch ob sich die Proteste vorwärts entwickeln, oder einfach „verpuffen“ entscheidet sich nicht an der Taktik der SPÖ, sondern an den Kräften der Bewegung selbst und deren inneren Kämpfe.

So ist nicht, wie oftmals vermutet, die SPÖ die hauptsächliche Gefahr der Bewegung. Sie versucht sich nun als große Opposition darzustellen, versucht sich an die Spitze zu stellen und über ihre bisherige Politik und ihren Charakter hinwegzutäuschen. Viele innerhalb der antifaschistischen Bewegung lassen sich davon nicht mehr beeindrucken, für sie ist klar: die SPÖ ist eine bürgerliche Partei und verteidigt als solche ausschließlich die Interessen des Kapitals. Die SPÖ als Teil der "Linken" zu behandeln, würde bedeuten ihre Rolle als Opposition für das Kapital zu verschleiern. Ihren Einfluss zurückzudrängen und die Leute auf einer antifaschistischen Grundlage zu mobilisieren, das ist die Aufgabe der antifaschistischen Bewegung und hier zeigen sich die größten Schwächen in der Unentschlossenheit und Prinzipienlosigkeit der „linken“ Organisationen und deren „Einknicken“ unter dem Druck der Herrschenden.

Schließen sich Organisationen und AktivistInnen auf dem Boden des Revisionismus (das „linke“ Phrasen-Dreschen, während das Bündnis mit den Herrschenden gesucht wird) und Reformismus (nicht gegen das Kapital sondern nur gegen die aktuelle Regierung kämpfen zu wollen - was objektiv zur SPÖ führt) zusammen, so ermöglichen sie es beispielsweise erst einer SPÖ die Proteste für sich zu gewinnen. Das zeigte sich gut bei der Großdemonstration im Jänner in Wien, wo die SPÖ kurzerhand die Demospitze übernahm und versuchte der gesamten Demonstration ihren Charakter aufzuzwingen – und vom Bündnis das die Demonstration organisierte in keiner Weise daran gehindert wurde. Im Gegenteil, wurde der SPÖ freiwillig die Führung überlassen in einer Situation wo es möglich gewesen wäre, der SPÖ eben nicht die Führung zu überlassen.

Warum konnte sie das? Sie konnten das, weil die Großdemonstration nach dem Motto „hauptsächlich viel“ organisiert wurde, ohne Anspruch auf eine eigenständige Politik der antifaschistischen und antikapitalistischen Kräfte.

„Als Linke an einem Strang ziehen“ (wurde als Losung „linker“ Kräfte bezüglich der Anti-Schwarz-Blau Proteste ausgegeben) verliert jede Kraft, wenn die Führung der Proteste und der Charakter schlussendlich in den Händen der Herrschenden zusammenlaufen. Kurz gesagt bedeutet das unter „links“ alles zu vereinen, was sich unter der Führung der SPÖ vereinen lässt – was jedoch einem antikapitalistischen Anspruch der antifaschistischen Kräfte widerspricht!

Daher geht es auch nicht darum einfach nur möglichst viel zu bewegen, sondern innerhalb der Bewegung einen starken Strang zu knüpfen. Ein starkes antifaschistisches Bündnis, ein gemeinsamer Strang, lässt sich nur inmitten der Bewegung knüpfen und wird dann fruchtbar sein, wenn sich einerseits nicht prinzipienlos und andererseits nicht nur auf dem Papier zusammengeschlossen wird. Es braucht erstens den gemeinsamen Kampf und zweitens die Diskussion und Auseinandersetzung, um wie oben angesprochen,



die inneren Kämpfe, als das Entscheidende, voranzubringen.

In der antifaschistischen Bewegung gegen Schwarz-Blau müssen wir „als AntifaschistInnen an einem Strang ziehen". Was bedeutet, trotz unterschiedlicher Positionen in verschiedenen Aspekten der Weltanschauung und Politik, in der Frage des Antifaschismus eine Einheit zu schaffen, gewisse Kompromisse einzugehen, wenn diese zugunsten einer kämpferischen Bewegung sind. Nicht bedeutet das jedoch Kompromisse mit bürgerlichen Parteien zu schließen!

Bei den Demonstrationen, in den Aktionen muss sich mit allen AntifaschistInnen und DemokratInnen zusammengeschlossen werden, die ehrlich daran interessiert sind zu kämpfen. Bündnisse die längerfristig arbeiten sollen, welche als Resultat solcher Bewegungen entstehen können, brauchen eine antikapitalistische Grundlage. Daher ist es wichtig, die Losung „Weg mit Schwar-Blau" nicht alleine auszugeben, sondern auf der Grundlage: „Nieder mit dem Kapital!". Weiters braucht es eine antiparlamentarische Position, eine Haltung mit der man sich nicht zum Handlanger der einen oder anderer Fraktion der Herrschenden macht. So ein Bündnis muss den Kampf gegen chauvinistische und nationalistische Positionen führen, denn diese sind Positionen der Herrschenden und versuchen den weltanschaulichen Führungsanspruch der Herrschenden durchzusetzen. Es muss eine eigenständige Politik entwickeln und durchsetzen, die über aktuelle Kämpfe, wie „Anti-Schwarz-Blau" hinausgehen. Daher lautet unsere Losung „Weg mit Schwarz-Blau! Nieder mit dem Kapital!"

Es braucht ein Bündnis, welches sich durch Kritik und Diskussion weiterentwickelt, welches sich nicht auf kleinen Fragen aufhängt, ein Diskussionszirkel bleibt und wegen Nebensächlichkeiten in die Brüche geht. Das alles ist vor allem wichtig, um das Vertrauen der Massen zu gewinnen, und mit ihnen auf langfristige Sicht gemeinsam für ihre politischen Interessen zu kämpfen!

Das sind wesentliche Voraussetzungen um den antifaschistischen Kampf weiter zu entwickeln! Damit kann eine „Strang" geknüpft werden, an dem längerfristig „gezogen" werden kann und welcher inmitten der Proteste, Auseinandersetzungen und kommenden Kämpfen weiter und fester geknüpft werden kann!

Weg mit Schwarz-Blau! Nieder mit dem Kapital!

Kämpferischer Antifaschismus voran!



„Wehrt euch und kämpft!“

In den letzten Jahren vertiefte sich zunehmend die Krise des Imperialismus, ausgehend von einer ökonomischen zu einer immer stärker werdenden politischen und ideologischen Krise. Auch in Österreich und in den mit dem österreichischen Imperialismus verbundenen unterdrückten Ländern am Balkan/Osteuropa, sind die Auswirkungen dieser Krise deutlich merkbar.

Während die Herrschenden ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse und insbesondere die Bevölkerungen der unterdrückten Länder intensivierten um auf deren Rücken die Profite des Kapitals zu sanieren und sich aus der Krise zu retten – wuchsen auf der anderen Seite auch der Widerstand und die Rebellion der Massen gegen die Herrschenden. In vielen Fällen wehrten sich die Massen gegen die Angriffe, setzten all ihre Kraft ein um Kürzungen, Kündigungen, neue Gesetze etc. zurück zu schlagen. Nicht nur in ganz Europa, sondern international gab es in den vergangenen Jahren zahlreiche kämpferische Volksbewegungen um sich gegen die Angriffe der Imperialisten zu wehren. Wir erinnern uns an den Arabischen Frühling, den größten Streik der Menschheitsgeschichte in Indien, die Jugendrevolten in den imperialistischen Zentren, die militante Streikbewegung in Bosnien Herzegowina, usw.

In Österreich ist hier vor allem der antifaschistische Kampf zu nennen, der sich, unter rassistischen und faschistischen Vorstößen der Herrschenden zunehmend kämpferisch entwickelt. In verschiedenen Bereichen gab es Versuche und Vorstöße der ArbeiterInnen und Teilen der Bevölkerung sich zu wehren!

Entgegen der verbreiteten und teilweise tief verankerten Passivität findet „wehrt euch“ in den heutigen Klassenkämpfen bereits einen breiten und massenhaften Ausdruck. Es ist ein spontaner Ausdruck innerhalb der Massen auf die Angriffe der Herrschenden, ist ein Abwehrkampf und entspricht der Notwendigkeit der Unterdrückten im Klassenkampf.
Revolutionäre Losungen müssen dem Klassenkampf nützen, sie müssen sich darin ausdrücken, dass Vereinigungen, Organisationen geschaffen werden, dass planmäßig und systematisch eine Grundlage für die nächsten Schritte geschaffen werden.

„Wehrt euch und kämpft“ bringt nicht nur die Notwendigkeit der Bewegung zum Ausdruck sich gegen das Alte zu wehren, sondern bringt das nächste Ziel, für das Neue zu kämpfen zum Ausdruck!

Die Kämpfe in Österreich müssen innerhalb der strategischen Defensive entwickelt werden – denn die Revolution ist hier noch nicht am offensiven Vormarsch (wie beispielsweise in Indien, wo durch die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) der Volkskrieg geführt wird). Die Losung „Wehrt euch und kämpft“ widerspiegelt das sehr gut.

„Wehrt euch“ alleine reicht nicht aus, denn es bedeutet zunächst nur gegen das Alte zu sein, oder etwas abzuwehren. Um etwas Neues zu schaffen, um nicht wieder zum Alten zurückzukehren, muss gekämpft werden! Daher ist die Losung „Wehrt euch!“ alleine nicht revolutionär, sie beinhaltet nichts Neues. Es geht darum, aus dem unplanmäßigen, unorganisiertem und spontanen Kampf heraus zu kommen, um den Stand der Bewegung weiter zu entwickeln zu „kämpft“. Alles entwickelt sich vom Kleinen zum Großen, das beinhaltet auch diese Losung, da sie den nächsten Schritt einleitet um aus der Defensive herauszukommen. Das ist die gesellschaftliche Grundlage, warum die Reihenfolge „Wehrt euch und kämpft!“ lautet und nicht umgekehrt!
Die Losung „Wehrt euch und kämpft!“ drückt sich in der heutigen revolutionären Bewegung aus, denn die Massen wehren sich in vielen Bereichen oder rebellieren, es gibt eine Basis für entwickelte Kämpfe die über das Wehren hinausgehen!

„Wehrt‘s eich, und lernt‘s auf eicha eigene Oart zu kämpf‘n!“

"Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen, erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg - das ist die Logik des Volkes, und auch das Volk wird niemals gegen diese Logik verstoßen. Das ist ein anderes Gesetz des Marxismus. Die Revolution des russischen Volkes verlief nach diesem Gesetz, und so entwickelt sich auch die Revolution des chinesischen Volkes." **(Mao Zedong)**

WEHRT EUCH UND KÄMPFT!

afainfoblatt.com